

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e.V., Bin.-Charlottenburg 3

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljähr. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag auf den Text auf Zeilenbreite 1.20 M.

Nr. 10.

Berlin, 7. März 1930.

11. Jahrg.

Ostmärker und Oberschlesier, erscheint in Massen zu der großen Geschädigten-Kundgebung

Sonntag den 9. März 1930 vormittags 11 Uhr im großen Festsaal bei Kroll (Eingang Große Querallee).

Das gesamte Entschädigungs- und Wiederaufbauproblem für Verdrängte und Liquidationsgeschädigte wird von sachkundigen Rednern behandelt. Es gilt, in entscheidender Stunde einzutreten für Recht und Gerechtigkeit in der Entschädigungsfrage, um endlich eine angemessene und ausreichende Entschädigung zu erlangen. Es gilt, Vorschläge zu fassen zu der Entschädigungsfrage, auf Grund des Polenabkommens, insbesondere auch zu der Frage der Rückzahlung der Abwanderersteuer. Es gilt einzutreten für eine großzügige soziale Hilfsaktion zugunsten derer, die hauptsächlich durch Existenzverlust geschädigt sind, sowie für Erwerbsunfähige, Hochbetagte und Gebrechliche.

Geschädigte der Reichstag steht vor wichtigen Entscheidungen. Die Arbeitsgemeinschaft gibt auch die Möglichkeit, daß Ihre selbst die Stimme erhebt, um Ihre Forderungen geltend zu machen. Keine der Arbeitsgemeinschaft angegeschlossen sind, und zwar nur gegen Eintrittskarten, die für Mitglieder des Deutschen Ostbundes in dessen Hauptgeschäftsstelle Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 43, zu haben sind.

Hat Polen das Recht zu Sanktionen gegen Deutschland?

Das hauptsächlich die Interessen der christlichen Gemeinkchaften vertretende Zentrumsblatt „Der Deutsche“ hat, wie wir in der letzten Nummer des „Ostlandes“ hervorhoben, ein lauges juristisches Gutachten veröffentlicht, monach Polen dadurch, daß es den Youngplan mituntergegraben und so in die Reihen der Reparationsmächte, zu denen es bisher nicht gehörte, eingetreten ist, das Recht habe, im Fall der Nichterfüllung des Youngplans Sanktionen gegen Deutschland zu nehmen, d. h. daß es deutsches Gebiet besetzen und Strafmaßnahmen gegen Deutschland verhängen dürfe. Daß der Reichsmünister der besternten Gebiete, Herr Dr. Wirth, der bekanntlich an den Verhandlungen im Haag teilgenommen hat, in einer langen Erklärung diese Schlussfolgerung des Gutachtens als abwegig bezeichnete, haben wir ebenfalls mitgeteilt. Die Ausführungen des „Deutschen“ haben aber einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er durch Wirths Erklärung nicht beseitigt werden konnte. Selbst ein Zentrumsblatt wie: „Die Schlesische Volkszeitung“ führt aus:

„Es kommt nicht darauf an, was Dr. Wirth von dieser Auslegung hält, sondern, was die Gesandten davon hält. Es muß doch möglich sein, noch vor der Entscheidung eine Auhörung der anderen Mächte herbeizuführen. Mit dem Polen-Vertrag ist unter keinen Umständen ein Vertrag abgeschlossen werden, der eine Sanktionsmöglichkeit auch nur abnenkt.“

Was übrigens solche Verträge jen-

seits der Osgrenze gelten, hat man oft genug erlebt. Man braucht nur nicht einmal an Seligomskis Auszug nach Wilna zu denken.“ Die französische Presse verhält sich zurückhaltend. Vorgeen betrachtet es die polnische Presse als selbstverständlich, daß Polen, wenn Deutschland den Young Plan nicht einhalte, nimmere das Recht zu Sanktionen habe. Insbesondere wird das ausgeführt in der „Gazeta Warszawska“ die gute Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Warschau hat.

Wenn das Gutachten des „Deutschen“ die durch den Young Plan geschaffene Rechtslage auch nur annähernd richtig widerspiegelt, was bei der Vermutlichkeit der damit zusammenhängenden Rechtsfrage nicht ganz leicht zu entscheiden ist —, so wäre das für unsere Ostpolitik außerordentlich bedenklich. Wenn auch der Fall so leicht nicht praktisch werden wird, daß Polen Sanktionen nehmen könnte, so würde doch schon die theoretische Möglichkeit

hierzu eine außerordentliche Stärkung des internationalen Ansehens der polnischen Republik bedeuten, während umgekehrt Deutschland demnächstens theoretisch in eine gewisse Abhängigkeit von Polen geraten und einer künftigen Bedrohung seitens unseres östlichen Nachbarn ausgeliefert wäre. Bei der Bedeutung dieser Frage muß sie im Reichstage unbedingt geklärt werden. Wir hoffen, daß es der Regierung gelingen wird, nicht nur nachzuweisen, daß sie selbst das erwünschte Gutachten für abwegig hält, sondern daß auch die übrigen Unterzeichnungsmächte diese Anschauung teilen.



Die Ortsgruppe Minden (Westl.).

Das Ringen um den Neuen Plan und das Polenabkommen

zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage geht weiter. Die Reichsregierung hat zunächst insofern einen Erfolg errungen, als die vereinigten Ausschüsse den Youngplan mit einer größeren, das Polenabkommen mit einer geringeren Mehrheit angenommen haben. Der Reichstag, der inzwischen eine kurze Sondersitzung gemacht hat, trat gestern (am 6. März) wieder zusammen und nahm sofort die zweite Lesung dieser Vorlagen und der sonstigen Liquidationsabkommen vor. Der Reichstag wieserte sich, das Einkommen, in dem er diese Vorlagen erledigen sollte, einzuhalten, so daß es fraglich ist, ob die Entscheidung, wie geplant, schon am Sonnabend fällt. In der Zwischenzeit geht hinter den Kulissen der Kampf der Parteien, nicht nur um die Deckung des Schließbetrages im Staatshaushalt, sondern auch um diese Vorlagen weiter. Das Zentrum besteht darauf, daß dieselbe Mehrheit, die den Neuen Plan annimmt, auch die Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung beschließen soll. Wie erntet es dem Zentrum damit viel, geht aus der auffallenden Tatsache hervor, daß die ganze Fraktion bei der Abstimmung im Ausschuß sich der Stimme enthalten, also weder für den Neuen Plan noch für das Polenabkommen gestimmt hat und sich seine Stellungnahme ausdrücklich vorbehält, bis eine Einigung der Parteien auch hinsichtlich der Steuerfragen zustande gekommen ist. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um den Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie, die ein Zuspätkommen der Arbeitslosenversicherung verlangt, und der Deutschen Volkspartei, die ein solches Zuspätkommen ablehnt und deren Ziel sich auch durch eine Unterbrechung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, die dieser gewünscht hat, nicht haben umstimmen lassen.

Die drohende Robineitskrise scheint überwunden zu sein. Wenigstens ist am 5. März Reichsminister über die kritischen Steuererlässe in der letzten Sitzung des Reichstages dem Reichsfinanzminister Dr. Meißner überreicht. Die in der vorigen Nummer erwähnten Steuererlässe Meißners sind beschlossen worden, von dem Zuspätkommen der Selbstbehaltung oder einer ähnlichen Abgabe wird dagegen abgesehen, und es werden dafür die Reforen der Bank für Industrieobligationen (die die Industrie-reparationen ausführen und ausgeben) und die hohe Zins aufgelegt werden sollen, um die Defizite des Reichs und der Arbeitslosenversicherung zu decken. Zugleich ist beschlossen worden, daß die Ausgaben des Staatshaushaltsplans für 1931 unter den laufenden Ausgaben des Jahres 1930 bleiben müssen und daß schon 1930 die Steuern um mindestens 600 Millionen Mark gesenkt werden. Das steuerfreie Existenzminimum soll auf 1440 Mark heraufgesetzt werden, im übrigen sollen die Einkommensteuern um 350 Millionen vermindert und die Senkung der Gewerbesteuern eingeleitet werden.

Was das Polenabkommen anlangt, so sind die in der Opposition stehenden Rechtsparteien sämtlich glatt dagegen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei besteht gegen das Polenabkommen ein so starker Widerstand, daß nicht nur öffentliche Orte- und Landes-

vereine sich in öffentlicher Erklärung und Entschließung gegen das Polenabkommen gewandt haben, sondern z. B. auch ein Ortsverein der Deutschen Volkspartei in Berlin. Im Lande ist die Stimmung ebenfalls eifrig geteilt. Es dürfte danach ausgeschlossen sein, daß die Deutsche Volkspartei geschlossen für das Polenabkommen stimmt. Aber der minder schwere Bedenken, welchen noch bei allen abgeordneten der Deutschen Volkspartei gegen das Polenabkommen geäußert wird, der größte Teil der Fraktion, nicht diese Bedenken hauptsächlich überwinden. Ein kleiner Teil dürfte aber sicher entweder der Abstimmung fernbleiben oder gar gegen das Polenabkommen stimmen. Auch im Zentrum wird man mindestens der Gruppe um Herrn Prälaten Ullrich, d. h. also den Abgeordneten aus dem Osten, und einem Teil der Gewerkschaftsvertreter die Stimmenabgabe freistellen müssen, da sie sich jedenfalls nicht zu einer Abstimmung für das Polenabkommen zwingen lassen werden. Freilich glauben zwar noch nie vor, daß es der Regierung gelingen wird, das Polenabkommen durchzubringen, jedenfalls aber wird das nur mit einer recht geringen Mehrheit gelingen, zumal nachdem die Befürchtung aufgetaucht ist, Polen könnte das Recht erlangen, sich an Sanktionen gegen Deutschland zu beteiligen. Auch das sonstige Verhalten Polens gegenüber dem Deutschen im abgelaufenen Winter und in den letzten Wochen und Monaten hat dazu beigetragen, Abgeordnete, die in dieser Frage noch schwanken, mit immer schärferen Bedenken gegen das Polenabkommen zu erfüllen. Auch im Lande werden insoweit die Bedenken in der Wählerschaft gegen das Polenabkommen immer stärker, weil die Polen durch ihr Verhalten auch nach der Unterzeichnung des Polenabkommens in steigendem Maße gegen das deutsche Volk haben, den Versuch in ihre Gesetze zu untergraben. So greift in immer weiteren Kreisen das Gefühl Platz, daß die großen Opfer, die Deutschland durch das Polenabkommen zugunsten Polens bringt, mehr oder weniger umsonst sein können. Dieses merkt stimmungswidriges Gefühl im einzelnen mit den Verhältnissen in Polen vertraut sind, je mehr sie beispielsweise die Enttäuschungen in Polen infolge der Agrarreform und die Liquidationen auf Grund des Vermögensverlusts vernehmen. Auf die Emotionen unter der polnischen Wählerschaft mit Polen vertragen, wenn das Polenabkommen ratifiziert wird, ob es will oder nicht. Gegen Willkürigkeiten Polens würde der Völkerbund ausreichend Schutz gewähren können. Die Frage ist nur, inwieweit der Völkerbund auf Liquidationen nicht umgangen werden kann durch die Agrarreform, was freilich sehr, wie mir dargelegt haben, durch Enttäuschungen während einer Folge möglich sein würde, und wie weit der Völkerbund auf das Verhalten Polens hinwirken kann, die Polen im Vertrag gemacht hat, illusorisch gemacht werden kann trotz der Einschränkung dieser Vorbehalte im Wege des Rotenautausches. Von einer Abtrennung des Polenabkommens von den anderen Vorlagen der Haager Konferenz ist nicht mehr die Rede. In diesem Punkte scheint die Regierung ihre Wünsche durchgesetzt zu haben.

Die Ostnot im Landtag.

Vom 21. bis 26. Februar fand im Landtag die Aussprache zum ersten Abschluß des Staatshaushaltsplanes des preußischen Innenministeriums statt. Dabei wurde von verschiedenen Rednern die Not des Ostens zur Sprache gebracht. So verlangte der Abgeordnete Kunkel (Dn. Vp.) unter Vorlegung der ungeheuren Rohstoffe des Ostens eine schnelle und wirklich durchgreifende Hilfe, da sie sonst für einzelne Gebiete des Ostens zu spät kommen könnte.

Abg. Geymeke (Dnm.) bemängelte es, daß in Ostpreußen noch heute viele Behörden unkontrolliert nebeneinander arbeiten, was wiederum zu schweren Mängeln geführt habe.

Abg. Leonhardt (Wirtsch. P.) legte die Notwendigkeit einer umfassenden Osthilfe dar, wobei er mit zum Teil antithetischem Material hervorhob, daß eine umfassende Ostlandbankaktion wegen der grenzenlosen Grenzlandschaft unausführbar sei. Die Regierungserklärung zur Grenzhilfe sei mehr als dürftig, vielmehr deshalb, weil aus der Hülfsänderung Konkursmüsse keine Mittel für einen Grenzlandfonds verbleiben seien. Wirtschaftlich, kulturell und sozialpolitisch frage der Osten schon den Lohndienst in sich. Die katholischen Organisationen in Ost- und Westpreußen lebten ebenso wie die Deutsche Volkspartei und die Rechtsparteien in den Ostprovinzen des Liquidationsabkommens mit Polen unbedingt ab. Die Räte im Osten schreien einfach zum Himmel und sollen nun durch den Handelsvertrag mit Polen noch größer werden. Komme die Hilfe zu spät, dann könne man die mittelständlichen Existenzen des Ostens in Bismarck, Bismarck, Bismarck, Bismarck und Schiffahrt gleich auf dem Scheitelfeld der Landwirtschaft mitbringen. Der Redner erinnerte dann an die **Stimmung der öffentlichen Kreise, die vielfach vor dem Zusammenbruch stehen, an die Zwangsversteigerungen, die in den Gewerbebetrieben des Ostens derzeit zunehmen, daß man geradezu von einem neuen Ausverkauf der Wirtschaft sprechen könne. Die Schulverhältnisse seien vielfach unbaltbar. Die Oberhöflichkeit leide stark unter den Stromverbrühen. Zur den verkehrsarmen Osten seien vor allem auch zu-**

bringernahmen erforderlich. Es sei jetzt schon so weit, daß die Banken bei der Kreditvergabe zurückhaltender würden unter dem Hinweis auf die unlähre Lage im Osten. Mit eindringlichen Worten meinte der Redner auf die letzten bringenden Worte der Landwirtschaft im Osten hin, wenn Reich und Preußen sich nicht noch in letzter Minute bekümmern, treffe sie die Schuld für alle Folgen im Osten. Die meisten Verprechungen seien ungedacht und brachten nur bittere Enttäuschungen. Reich und Staat müssten endlich gemeinsam mit der Ost helfen.

Staatssekretär Dr. Abegg erklärte, das Haus, das jedoch ein erschütterndes Bild von der Not des Ostens gezeichnet habe, könne davon überzeugt sein, daß die Staatsregierung alles tun werde, was möglich sei. Unausgesetzt fänden Verprechungen mit dem Finanzministerium statt, um schnelle und durchgreifende Hilfe für den Osten zu bringen. Es dürfte aber nicht vergessen werden, daß es nicht nur ein Ostprobleme gäbe, sondern auch Teile des Westens unter Not litten. Es sei zu hoffen, daß neben der preußischen Regierung auch das Reich alles tun werde, um Hilfe zu bringen. Preußen selbst müsse auch in seinen Kräften Stehende tun, um eine großzügige Unterstützungssaktion in die Wege zu leiten.

Abg. Dr. von Kries (Dn. Vp.) betonte, mit der Aufstellung von Programmen könne man der großen Not der Grenzgebiete nicht entgegen treten. Man müsse Mittel und Wege finden, um die erforderlichen großen Summen auf eine längere Reihe von Jahren zur Verfügung zu stellen. Bei der allgemeinen finanziellen Notlage von Reich und Preußen könne dies nicht anders gelingen, als durch Beiträge an anderen Stellen des Haushalts. Es könnten noch erhebliche Summen ohne Schädigung lebenswichtiger Interessen eingespart werden, die dann den Grenzgebieten zugute kommen könnten.

Damit war die Aussprache über die Not des Ostens, die dem Ernst der tatsächlichen Verhältnisse einigermaßen Rechnung trug, beendet.

Der Ostbund und seine Tätigkeit.

(Schluß).

11. Jahresbericht, umfassend das Jahr 1929.

Sedenkfeiern und Tagungen.

Ein Trauergottesdienst fand, wie alljährlich, am Toten-sonntag im Berliner Dom statt. Vorbereitet war er auch in diesem Jahre von unserer Ortsgruppe. Verein ehemaliger Ostmärker (Polenbatten). Die Sedenkfeier galt den Angehörigen der Vertriebenen, die in der alten Heimat nun einen Schlaf gebettet worden sind, und den Schwestern der Ostmark, die während des Krieges und im Grenzschutz für Heimat und Vaterland gefallen sind. Die mächtigen Räume des schönen Gotteshauses waren auch diesmal bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Predigt des Herrn Pastors Süttler — der auch bei vielen anderen Veranstaltungen des Deutschen Ostbundes im Laufe des Jahres als liberal gern gebörter Streikredner und Vortragsredner sich zur Verfügung stellte, um der gemeinsamen großen Ostfrage zu dienen — ergreifte die sich aus Angehörigen aller Konfessionen zusammenschließende große Teilnehmerzahl aufs tiefste. Das Bundesbanner sowie die Fahnen und Banner unserer Ortsgruppen und der anderen teilnehmenden Ostvereine umrahmten während der ganzen Feier den Altar. Die Feier galt aber nicht nur den Toten, sondern auch den Lebenden. Unser lieber Pastor Süttler verlas auch es ausgerechnet, von der Kanzel herab in der Zuhörerenschaft den Geist des Lebendigen lebendig zu machen, die festliche, wirtschaftliche und kulturelle Not der ostdeutschen Menschen durch uns und die Gerechtigkeit der Forderung auf Wiedergutmachung des uns im Osten angetanen Unrechts zu betonen.

Die zehnjährige Wiederkehr des Tages, an dem Deutschland zur Annahme des Schandvertrages von Versailles gezwungen wurde, gab dem Deutschen Ostbund selbstverständlich Veranlassung, erneut den entsetztesten Widerpruch gegen diese unerhörte Verräterschande zu erheben und damit zu protestieren gegen dieses Schandakt, das uns unsere Ostheimat geraubt hat. Der Deutsche Ostbund, der dem Arbeitsausschuß deutschen Verbände angehört, der in außerordentlich verbindlicher Weise sich der systematischen Bekämpfung der Kriegsschuldfrage widmet, beteiligte sich an der von diesem veranstalteten großen öffentlichen Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage im Reichstage, und zahlreiche Mitglieder nahmen ferner an einer volkstümlichen Massenkundgebung gegen die Kriegsschuldfrage im Berliner Stadion teil. Unsere Landesverbände und Ortsgruppen beteiligten sich im eigenen Rechte an solchen Kundgebungen, die notwendig waren, um die öffentliche Meinung deutscher Verbände vorzubereiten, zum Teil von örtlichen Arbeitsgemeinschaften, vielfach aber auch vom Ostbund allein oder unter Beteiligung anderer Verbände. Dabei sind, ebenso wie bei jeder anderen öffentlichen Kundgebung unserer Organisationen im Lande die Hoffnungen der Verbandsmitglieder nahegebracht und zum Teil durch eingehende Berichte der Presse zur Kenntnis weiterer Kreise gebracht worden.

Bei einer Reihe großer und wichtiger Tagungen anderer Verbände war der Deutsche Ostbund offiziell vertreten. So bei der Tagung des Deutschen Schachbundes in Solburg durch Herrn Bundespräsidenten Gehrmann S. M. D. und sein Hauptvereinsmitglied Direktor Schaffen, bei der Jahrestagung des Vereins für das Deutschum im Auslande in Kiel durch Herrn Bundespräsidenten Giesel. Auf der Tagung des Reichsbundes der Schiefer in Breslau wurde letzterer in den Ehrenrat gewählt. Auf einer hauptsächlich den Ostfragen geltenden Schulungswoche des Akademischen Turnerbundes hatten bei einem die Tagung abschließenden Festabend Herr Bundespräsident Gehrmann S. M. D. einen Vortrag über die Ostfragen, in dem er die Lage des Deutschen Ostbundes und seinen Kreise führenden Männer darlegte. Herr Bundespräsident Dr. Rübke hatte Gelegenheit, in Vorträgen, die er in anderen, namentlich westdeutschen Städten hielt, den Zuhörern stets auch die große vaterländische Bedeutung der Ostfragen vor Augen zu führen. — An Veranstaltungen anlässlich der Jahrestagung der Vereinigten Verbände heimattreuer Ostschlesier nahmen die Herren Giesel und Gehrmann S. M. D. teil.

Nachdrücklich wurde der zehnjährigen Wiederkehr des 1. März in Polen gedacht, der zunächst zum Verlust der Ost- und des großen Teils der Provinz Posen führte, dem später dann leider auch der Verlust Westpreußens und die Bildung des Korridors folgte. An zahlreichen Zeitungen, Ostlands, wie seiner Kulturbeilage wurden wichtige Beiträge zur Aufhellung jener dunklen Unglückszeit veröffentlicht, in zahlreichen Versammlungen in Berlin und im ganzen Reich wurde das damalige Verloren des Polentums gebannt, dem Schmerz und der Trauer um die verlorene Heimat Ausdruck gegeben und die gesamte Öffentlichkeit aufgerufen, die Verbrechen des Deutschen Ostbundes zu unterstützen, die eine Wiedergutmachung jenes Unrechts verlangen, und zwar nicht nur des Ostens

gegen, sondern um der Zukunft des Vaterlandes, ja des Weltfriedens willen.

Umfang des Geschäfts- und Kasienverkehrs.

Von dem Umfang des riesigen Geschäftsverkehrs (Bureauvorsteher der unermüdliche und gewissenhafte Herr Rose) ergibt folgende Übersicht ein Bild:

	Eingänge		Ausgänge	
	1928	1929	1928	1929
Bei der Hauptgeschäftsstelle (einschl. d. Ostland)	16 360	14 494	24 905	24 337
„ „ Stellenvermittlung, Fürsorge und Umsiedelungsstelle	8 644	3 500	17 288	3 000
„ „ Beratungsfür Fürber-Schäden	10 187	7 321	11 458	6 717
„ „ Geschäftsstellen	4 000	7 487	4 705	6 013
„ „ Rechtsabteilung	21 000	12 500	25 000	21 000
„ „ Vertriebsstellen	1 461	1 361	1 655	1 462
„ „ Sterbefälle	340	359	429	338
„ „ Kulturabteilung	5 625		11 901	
„ „ Heimatnachrichtendienst	8 500	7 849	7 000	9 908
„ „ Jugendstelle				
„ „ Beratungsstelle für Auswertung	9 382	7 619	13 634	13 168

Zusammen: 85 509/82 395/117 506/87 943

Die Zahl der Besucher betrug 27 232.
Die Zahl der Angestellten betrug Ende 1928 54, darunter 11 bei der Rechtsabteilung; Ende 1929 37, darunter 10 bei der Rechtsabteilung.

Bundesabzeichen wurden verkauft im Jahre 1929 2103 Stück.

Mitgliedskarten wurden an die Ortsgruppen im Jahre 1929 abgegeben 3047 Stück.

Ehrenurkunden wurden 126 verliehen.

Ehrennadeln wurden 29 an besonders verdiente Ostmärker überreicht.

Das Kassennetz und die Vermögensverwaltung des Deutschen Ostbundes sind, wie die Kassiererin anerkannt haben, in guter Ordnung. Die Bedeutung der Aufgaben, die der Deutsche Ostbund zu lösen hat, geht am besten daraus hervor, daß der Haushaltsvoranschlag für 1929 Einnahmen in Höhe von 245 700,— RM. und Ausgaben in Höhe von 253 530,— RM. aufweist. Es ist die Hauptleistung nicht leicht, die Mittel für die Deckung der Ausgaben in dem benötigten Umfang aufzubringen. Bisher ist das aber stets noch gelungen. Dabei betonen wir ausdrücklich, daß der Deutsche Ostbund weder von der Reichs- noch von der Staatsregierung irgendwelche Unterhaltungen erhält. Kapitalrücklagen geben der weitverbreiteten Tätigkeit des Deutschen Ostbundes den nötigen Rückhalt.

Für den Kampfbund sind eingegangen in der Zeit vom 1. Januar 1929 bis 31. Dezember 1929 1208,55 RM., insgesamt bisher 9841,25 RM.

Die Ausbreitung der Organisation.

Die Zahl der Landesverbände beträgt, wie im Vorjahr, 25. Neue Ortsgruppen sind 9 gebildet worden, dagegen haben sich 11 kleinere Ortsgruppen aufgelöst, nämlich eine als an geeigneten Führern fehlte, eine, weil sie sich nicht als selbständige Ortsgruppe angeschlossen. Nur in einem Falle erfolgte der Austritt einer kleinen Ortsgruppe mit der Begründung, die bisherige Ostbund-Ortsgruppe wolle künftig nur ein einfacher Gefolgschaftsverein sein. Das zeigt allerdings, daß jene lieben Landesleute zwar das Bedürfnis haben, auch in der Fremde zusammenzukommen, daß sie aber vom echten Ostbunde nicht nichts verstanden haben. Die Zeit ist heute zu jung, als daß sich öffentliche Landesverbände damit begnügen könnten, ihren Gefolgschaftsvereinen anzugehören. Das war vor dem Krieg vielleicht richtig, heute aber gebören alle Ostmärker, die Heimattreue und Heimatliebe im Herzen haben, in die Kampfront zur friedlichen Zurückgewinnung der uns entzogenen Heimat. Die Zahl unserer Ortsgruppen betrug am Ende des Jahres 470 gegen 472 im Vorjahr. Sie erstreckten sich von Königsberg bis Konstanz. Dazu kommen aber noch die uns körperlich nicht angeschlossen Verbände und Verbände, die bei der Gründung der Vereinigungen, die der Ostbund umspannt, weit über 500 beträgt. Es wäre zu wünschen, daß mit Rücksicht darauf, daß die Ostfragen in veränderter Beziehung immer mehr zur Entscheidung drängen, unsere Kampfront durch Gründung recht vieler neuer Ortsgruppen gestärkt würde. Dabei muß darauf Rücksicht genommen werden, daß im Hinblick auf die künftig im Vordergrund stehenden Aufgaben des Deutschen Ostbundes nicht bloß 30, sondern die Gesamtheit der Ostdeutschen, die die Beziehung Einheimischer in höherem Grade stattfinden.

Die körperlich aktiven Mitglieder und Förderer sind dem Deutschen Ostbund mit wenigen Ausnahmen auch im Jahre 1929 treu geblieben, und neue konnten hinzugewonnen werden. Am Ende des Jahres betrug ihre Gesamtzahl 255, davon 197 Körper-

Wir bitten alle Mitglieder und Ortsgruppen, ehe es zu spät ist, ihren Beitritt zum reizen unterhaltenden und belebenden Inhalt bietenden „Ostdeutschen Heimatkalender“ an die Geschäftsstelle, Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 43, aufzugeben.

chaftliche Mitglieder und 58 Förderer. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 3 Provinzialvereinigungen, 48 Kreisvereinigungen, 2 Städte-Zentralen, 109 Stadtgemeinden, 1 Landesdeputation, 1 Landgemeinde, 10 Banken und Girovereinigungen, 5 Landwirthevereinigungen und Handwerkervereinigungen, 13 Siedlungs- bzw. Wohnungsbau-Gesellschaften und -Genossenschaften, 11 Angelegenheitsvereinigungen und -Gesellschaften, 24 Verbänden, Vereinen, Interessengruppen usw., sowie 28 Einzelpersonen.

Verziehungen des Obstandes zu anderen Organisationen.

In der Entschädigungs- und Wiederaufbaufrage hat sich der Zusammenschluß des Deutschen Obstandes mit den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberpfälzer, dem Hilfsbund für die Elb-Verbringer, dem Bund der Auslandsdeutschen, dem Reichsverband der Kolonialdeutschen, der Interessengruppe der im Ausland geschädigten Auslandsdeutschen und dem Wiederaufbauverein Hamburg in der Arbeitsgemeinschaft der Interessengruppenvereinigungen für den Erlaß von Erläuterungen und Verordnungen aufgeschoben auch im vergangenen Jahre sehr belästigt. Die Arbeitsgemeinschaft hat niederholt und sehr eingehend mit den zuständigen Reichsämtern persönlich wie auch mit ihren zuständigen Sachbearbeitern, mit dem 18. Ausschuß und den Fraktionen des Reichstages verhandelt, um die Entschädigungsfrage neu ins Rollen zu bringen. Wenn auch infolge der Schwierigkeiten, die von niemand erkannt werden können, der Erlaß eines solchen Gesetzes noch nicht zu erwarten ist, so ist doch zu hoffen, daß die Verhandlungen im neuen Jahre zu greifbaren Erfolgen führen werden. Die Splitterverbände sind im abgelaufenen Jahre in der Öffentlichkeit weniger hervorgetreten als früher und haben insbesondere die direkte Bekämpfung der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten Großverbände mehr oder weniger eingestellt, so ihr Organ hat sogar die starke Absicht, der Arbeitsgemeinschaft in der Frage der Entschädigung die Unterstützung in der Werbung vor der Reihe der Qualifikationsgesellschaften bei den Jugendplanerwerbungen ausdrücklich anerkannt. Wir stellen fest, daß auch nicht eine Ortsgruppe des Deutschen Obstandes zu den Splitterverbänden übergetreten ist, so daß es also dem Obstand gegenüber keine obstandlichen Splitterverbände in der Entschädigungsfrage oder einer anderen Frage gibt.

Im Verhältnis zu anderen landmannschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen hat der Obstand im abgelaufenen Jahre nichts geändert. Doch wurde mit dem O. H. u. S. u. S. Verbindung genommen, um zu sehen, ob ein dem Deutschen Obstand verwandtes Zusammenarbeiten sich wieder ermöglichen läßt. Im Reichdeutschen bestehen in vielen Orten Arbeitsgemeinschaften, in denen unsere Landesverbände und Ortsgruppen mit den anderen Obstandlichen und sonstigen landmannschaftlichen Vereinen aus engler und ergelreichste zusammenarbeiten. Mit dem Reichsverband der Deutschen Elb-Verbringer hat die Vereinigung insipienell angenommen, wurden Verhandlungen eingeleitet, um durch die Ausdehnungsbefreiungen daselbst organisatorische Reibungen und Schwierigkeiten der gemeinsamen Sache zu verbieten. Die Verhandlungen wurden in freundschaftlichem Geiste geführt, und es wurde dabei von den Vertretern des Reichsbundes der Elb-Verbringer ausdrücklich hervorgehoben, daß man die Notwendigkeit und Bedeutung des Obstandes und seine Aufgaben zu schätzen wisse und sich zu dessen Fortentwicklung und nicht zu seiner Tätigkeit durchaus schäme und in keiner Weise beeinträchtigen wolle und daß die erste Pflicht vorliege, bei aller Wahrung der Selbständigkeit mit dem Deutschen Obstand nach Möglichkeit zusammenzugehen, um die gemeinsamen großen Ziele zu verwirklichen. Die in diesem Geiste geführten Verhandlungen schweben noch.

Der Obstand und die Obstandlichen.

Die Beziehungen des Deutschen Obstandes zu den Parlamenten waren sehr gute. Wir unterhielten mit allen Fraktionen Verbindung und haben für alle unsere Wünsche und Vorschläge immer bereitwilligste Entgegenkommen gefunden. Sowohl eine solche bei der Einbringung der Fraktionen möglich war, gefunden. Es gilt das insbesondere auch von den Ob- und Grenzlandauschüssen der Parlamente. Auch bei den Vertretungen sämtlicher Parteien haben wir für unsere Wünsche stets wohlwollendes Entgegenkommen gefunden.

Die wirtschaftliche Tätigkeit des Obstandes.

Beratung durch die Bundeszentrale.

Durch die Ausübung der Schlußfunktionsleistungen und den Verkauf von Schulbuchforderungen sind viele Verdränge in die Lage versetzt worden, sich wieder eigenen Grundbesitz zu erwerben. Demnachstehend war die Zahl der Auskünfte und Beratungen in Grundbesitzverdrängen und in anderen Verdrängen und in anderen Verdrängen usw. eine sehr erhebliche. Der Erfolg war in vielen Fällen ein sehr erfreulicher. So wurde dem Schiedsamt B. in B. infolge unserer Vermittlung die Grundbesitzverdrängung nach vorheriger Ablehnung ganz erledigt. Die Witwe Sch. in H. ist die bereits bezahlte Grundbesitzverdrängung von über 300 A zurück-erstattet worden. Frau G. in C. erhielt einen Steuererlaß von 250 A. Für unser Mitglied B. in J. konnte wenigstens 5 Stunden und 20 Minuten von der Steuerzahlung ab-erstattet werden. Der gleiche Erfolg konnte in anderen Fällen, wo die Steuer bereits fällig war, erreicht werden. Für die Landwirthe G. in J. gelang es, einen Steuererlaß von ein Fünftel zu erreichen, obwohl die Voraussetzungen der für den Erlaß von Grundbesitzverdrängen an Verdrängte maßgebenden

ministeriellen Verfügung nicht vorliegen. Für Herrn Sch. in B. wurde durch unsere Vermittlung eine Verminderung seiner Wert-zuschlagsteuer um über 1300 A. erreicht. Dem Rentengeldbesitzer St. in E. wurden alle Finanzverluste bis Ende 1920 erlassen. Derartige Erfolge können wir noch in großer Zahl aufzählen. Sie zeigen, was eine gut arbeitende Interessengruppe wirtschaftlich weit ist.

Auch in vielen anderen Sorgen und Nöten haben unsere Mitglieder den Rat und die vermittelnde Hilfe der Bundesleitung in Anspruch genommen. Wir haben, soweit es irgend möglich war, mit Rat und Gehorsam. Frau B. in B. konnte mit dem B. zur Erlangung eines Hausinspektorsverlebens beihilflich werden, in C. unterhielt sich erfolgreich in seinen Anstellungsversuchen. Sogar aus Brasilien wurde unser Rat in einer polnischen Erbschaftsangelegenheit genutzt. Für Herrn K. in H. veranlaßten wir Zeugenerklärungen in Winnipeg in Kanada. Für den Mühlbesitzer J. in K. ermittelten wir die teilweise Freigabe seiner bereits gepfändeten Schlußfunktionsleistungen und die Zulage der Wiederaufbauforderung von 500 A. Für den Katasterinspektor B. in J. erreichten wir die Rückgängigmachung seiner bereits ausgeprochenen Verfügung. Für viele Mitglieder bezorgten wir die Aufnahme aus Polen, einem anderen Mitglied Auskunft über die Verlegung eines Grabes und daraufhin ermittelten wir die Exhumierung und Überführung der Leiche, die Ausstellung des Leichenpasses usw. Wir verhielten, indem wir einen anderen Verband zum Eingreifen veranlaßten, die Streichung der Zinsen eines Verdrängten in Handelsregister. Im Falle des Herrn K. in B. ist es unserer Vermittlung gelungen, die nötigen erheblichen Geldmittel zur Durchführung seines Prozesses gegen den polnischen Staat wegen zu unrecht erfolgter Enteignung seines Eigentums sicherzustellen und gleichzeitig die Erhaltung seiner neuen Existenz zu gewährleisten. Die Höhe solcher Summen ließe sich allerdings vergrößern, wenn nicht die Beispiele zur Illustration unserer wirtschaftlichen Tätigkeit genügen.

In Pensionen- und Rentenangelegenheiten konnten wir vielfach klären und helfend tätig sein. Gelegenheit der Erörterung der Unfallrentenfrage des Bauers S. in K. ist uns vom Herrn Reichsarbeitsminister mitgeteilt worden, daß zurzeit Maßnahmen vorbereitet werden, welche in solchen Fällen, in denen der polnische Versicherungsträger die Rentenabzahlung aussetzen hat, eine Abgrenzung der niedrigen polnischen Renten mit der deutschen Versicherungsstrategie ermöglichen sollen. Wir verfolgen die Angelegenheit im Interesse zahlreicher Mitglieder nun natürlich weiter.

Zahlreich waren auch die zum Teil recht schwierigen Staatsangehörigkeitsfragen, die uns mündlich und schriftlich zur Beugung und Klärung unterbreitet worden sind. Leider ist die Zahl der jungen Deutschen polnischen Staatsangehörigkeit, welche auf bloßen Angaben von Verwandten oder auf bloßen Angaben von polnischen Beamten nach Deutschland kommen, noch immer beträchtlich, ebenso die Zahl derjenigen, welche auf Verdrängung beruhen und den Paß verfallen lassen. An beiden Fällen hoffen die Betroffenen auf baldige Wiedereinbürgerung und wenden sich schließlich direkt oder durch Vermittlung der Ortsgruppen und Landesverbände an uns. Der Deutsche Obstand hat immer wieder betont, daß er diese illegale Abwanderung, welche den Deutschen in Polen empfindlich schädigt und hier Arbeitsmangel und Wohnungsnot verursacht, entschieden mißbilligt. Wir haben auch stets darauf hingewirkt, daß in solchen Fällen mit einer Wiedereinbürgerung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist und wir, von besonders gelagerten Einzelfällen abgesehen, keine Möglichkeit haben, hier helfend einzugreifen. Die Fälle, in denen wir eingegriffen haben, zählen nach Hunderten.

In steigendem Maße wurde unser Rat und unsere Hilfe auch von Deutschen aus Polen erbeten. Nach Lage der Dinge mußten wir uns meist darauf beschränken, gangbare Wege zu weisen und die Wünsche solchen Stellen zu juleiten, welche vielleicht zu helfen in der Lage waren. Alle Wünsche Deutscher von drüben, ihnen zur Abwanderung zu verhelfen, haben wir, soweit die Betroffenen nicht bereits die Abwanderungspapiere oder die Verdrängungsbefreiung besaßen, abgelehnt. Auf Einzelfällen eingewichen, müssen wir uns hier verzeihen.

Ein gleiches gilt für die aus Mangelbegehrten betreffenden zahlreichen Fragen, die wir bearbeitet haben.

Die Lösung aller dieser und vieler ähnlicher Aufgaben erforderliche naturgemäß neben vielen mündlichen Beratungen einen ausgedehnten Schriftverkehr, sowie zahlreiche Eingaben und mündliche Rücksprachen mit den Sachbearbeitern in den verschiedenen Ministerien sowie dem Finanzministerium und anderen Behörden unterstellten Stellen im Reich, in den abgetretenen Gebieten und im Ausland und gab in verschiedenen Fällen Veranlassung, grundsätzliche Fragen anzuhängen und zu klären.

Die berechtigten Wünsche der aus Ostpreußen verdrängten Privatbeamten und Angestellten, deren Organisationen uns angeschrieben ist, fanden unsere nachdrückliche Unterstützung.

Die Sanierung der Mohriner Kleinfindlungs-Gesellschaft, deren wir uns im Interesse der Siedler angenommen hatten, kann nunmehr dank der tatkräftigen Mitarbeit der Siedlungs-Gesellschaft Wronzberg und des Kreises Königsberg K. M.,

Jonie des Entgegenkommens der Preussischen Landespfandbriefanstalt als gestrichelt gelten.

Besondere Beachtung verdient auch die notwendig gemordene Verlegung unserer Geschäftsräume. Der Mietvertrag über unsere Räume in der Potsdamer Str. 14, in denen die Bundesleitung lo lange Jahre in guten und bösen Tagen erfolgreich gearbeitet hat und die vielen Tausenden unserer Mitglieder und Freunde bekannt und vertraut waren, fiel Ende 1929 ab und konnte nicht erneuert werden. So mußten wir uns nach Ersatz umsehen. Da der Bau des Hindenburghauses wegen der Länge der Zeitverhältnisse vorläufig zurückgestellt werden mußte, wurde vom Bundespräsidium schon seit dem Jahre 1928 der Ankauf eines eigenen Hauses erwogen, um die notwendige Vermehrung der Räume und die schon lange gewünschte Vereinigung aller Abteilungen unter gleichzeitiger Aufgabe der in den Häusern Potsdamer Str. 13 und Potsdamer Str. 41 hinweggenutzten Räume und unter günstigen finanziellen Bedingungen zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde die Anmietung neuer Geschäftsräume geprüft. Erhöhten etwa 50 Kaufangebote einliefern, zahlreiche Häuser besichtigt und günstig erscheinende Angebote eingehend unter Berechnung der Finanzierung nachgeprüft wurden, fand sich kein in jeder Hinsicht geeignetes Haus, so daß sich das Bundespräsidium entschloß, von dem Ankauf eines eigenen Hauses zunächst Abstand zu nehmen. Rund 120 Mietangebote wurden geprüft, ein großer Teil der Räume befand sich in verschiedenen Fällen weitergehende Verhandlungen geführt, bis sich das Bundespräsidium für die Anmietung des VI. Stockwerkes des Hindenburghauses am Rine in Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, entschied, wobei der Bezug am 1. Oktober 1929 erfolgte. Bei unförmiger großer Baulastapparat und den Bergen von Hunderttausenden von Akten bedeutet der Umzug eine große Arbeitsbelastung, zumal die dazu erforderlichen Arbeiten und die Reinigung und der Einbau des neuen neben dem laufenden Geschäftsbetrieb der keinen Ceit ruhen konnte durchgeführt werden mußten. An verdienstvoller Stelle hat sich all dieser Fragen Herr Major a. D. Wosner angenommen.

Mancher Briefwechsel und manche Vertimmung könnten vermieden werden, wenn auch von Seiten der Bundesverbände und Ortsgruppen die Mitglieder immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen würden, daß Anfragen an die Bundesleitung auf dem Wege über die Ortsgruppen beantwortet werden können und mit deren Stellungnahme eingereicht werden sollten. Schließlich gelangen die meisten Anfragen — von Einzelmitgliedern sowohl wie von Ortsgruppen — unmittelbar an uns, so daß die Bundesverbände und die Ortsgruppen vielfach erst durch unsere Antworten, die möglichst über die Bundesverbände und Ortsgruppen geleitet werden, von den betreffenden Vorgängen Kenntnis erhalten.

Der Kampf um die Entschädigung.

In der Entschädigungsfrage war die Hauptrolle fortgesetzt tätig, um eine Verschleppung und Verheerung des Verfahrens herbeizuführen. Sie bekämpfte in Verbindung mit den anderen Geschädigtenverbänden hauptsächlich die immer stärker zu Tage tretende Neigung der Entschädigungsbehörden, bereits anerkannte Grundbeträge und damit auch die Entschädigungsbedürfnisse; sie kämpfte ferner für eine Verbesserung und Erleichterung des Verfahrensverfahrens, für die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Vertriebenen und die Verbesserung der Praxis bei der Zubilligung von Härtebefehlen. In letzterem Punkte ist es gelungen, in vielen Fällen, in denen das Reichsentschädigungsamt endgültig ablehnende Bescheide erteilt hatte, durch Berufung und Klärung des Sachverhalts die Aufhebung dieser Bescheide und mehr oder minder große Beihilfen zu erlangen. Insbesondere in den Fällen, in denen der Antrag auf Entschädigung verspätet gestellt worden war, ist durch unsere Beihilfen vielfach das bisherige Urteil einigermassen ausgeglichen worden, wenn auch erst nach langen Kämpfen. Es sind beim Verlust von Grundstücken auch große Beihilfen bis zu 25 000 M. und mehr aus dem Härtefonds gegeben worden, so daß eine große Anzahl von Geschädigten, die sonst ganz leer ausgegangen wären, Beträge bekommen haben, mit denen sie endlich aus äußerster Not versetzt werden. Freilich sind manche Abteilungen bestehen geblieben, die sich auf Grund der Verurteilung der Vertriebenen in die Welt verloren. In vielen dieser Fälle empfinden die Vertriebenen die Abweisung als ein bitteres Urteil, ohne sich freilich immer zu fragen, ob sie nicht selbst eine gewisse Schuld an der Ablehnung tragen, weil sie nicht rechtzeitig und nicht umfassend genug ihre schicksalhaften Beweismaterial beigebracht haben. Jedenfalls haben alle diejenigen, die solche Beihilfen erhalten haben, dies ausschließlich dem Deutschen Obstand zu verdanken, der die blutigen Kämpfe der Vertriebenen nach heftigen schweren Kämpfen erloschen ist.

Der Stand des ganzen Entschädigungsverfahrens am 30. September 1929 war folgender:

Schlußentschädigung:

Schlußentschädigungsfälle

insgesamt

102 000

bau Wertpapierfalschens:

fälle

55 000

zusammen: 157 000

mit einem ver-

schärfen Kapitalbedarf von 1 197,8 M. M. M.

mit einem ver-

schärfen Kapitalbedarf von 153,3 M. M. M.

zusammen: 1 351,1 M. M. M.

Freigelegt bis 30. September 1929:

Sachschäden

97 023

1 036,5 M. M. M.

Wertpapierfalschens

53 164

61,9 M. M. M.

zusammen: 150 787 Fälle mit

1 128,4 M. M. M.

Von diesen bis 30. September freigelegten Schlußentschädigungen entfallen auf Grenzland-Ost und -Nord:

a) Grundbetrag bis 20 000 M. 22 780 Fälle mit 67,7 M. M. M.

b) Grundbetrag bis 20 000 M. 10 404 Fälle mit 119,4 M. M. M.

c) Grundbetrag über 20 000 M. 534 Fälle mit 43,2 M. M. M.

zusammen: 33 728 Fälle mit 230,3 M. M. M.

(Wertpapierfalschens kommen hier nicht in Frage.)

Neu am 30. September 1929:

Sachschäden 4577 Fälle und 700 Fälle über 20 000 M. M. M. mit einem geschätzten Grundbetrag von 1200 M. M. M. Wertpapierfalschens 1536 M. M. M., Rest 6213 Fälle.

Härtebeihilfen:

vorgelassen am 30. September 1929 100 975 Fälle

erledigt bis 30. September 1929 85 840 Fälle mit 23,8 M. M. M.

darunter Grenzland-Ost und -Nord 56 139 Fälle mit 14,9 M. M. M.

Bewilligungen

21 894 Fälle mit 25,9 M. M. M.

darunter Grenzland-Ost und -Nord 13 162 Fälle mit 14,9 M. M. M.

darunter 81 316 Fälle (Kleinbeträge) 9 476 Fälle mit 1,9 M. M. M.

darunter Grenzland-Ost und -Nord 6 278 Fälle mit 1,0 M. M. M.

Begehren:

Eingänge in der Zeit vom

1. Juli bis 30. September 1929

960 Fälle

darunter Grenzland-Ost und -Nord

739 Fälle

Eingänge in der Zeit vom

1. Juli bis 30. September 1929

736 Fälle

darunter Grenzland-Ost und -Nord

133 Fälle

Unverlebte Fälle am

1. Oktober 1929:

2260 Fälle

darunter Grenzland-Ost und -Nord

1284 Fälle

am 1. Oktober 1929

1060 Fälle

darunter Grenzland-Ost und -Nord

484 Fälle

Am Jahresabschluß war der Stand der Schlußentschädigung folgender:

Bis einschließlich 31. Dezember 1929 sind vom Reichsentschädigungsamt 153 168 Schlußentschädigungsbefehle mit 1211,7 M. M. M. Entschädigung freigelegt worden.

Hieron mußten auf Sachschäden 98 540 Fälle mit 1105,5 M. M. M. und Wertpapierfalschens 55 243 Fälle mit 61,9 M. M. M. (Von den früher angegebenen Zahlen für Sachschäden mußten 1056 Fälle abgestrichen werden, weil sie verheißentlich doppelt gezählt waren.)

Von der Gesamtzahl der Schlußentschädigungsbefehle betrafen 116 981 mit 217,2 M. M. M. Fälle mit einem Grundbetrag bis 20 000 M. M. M., 36 187 mit 994,5 M. M. M. Fälle mit einem Grundbetrag über 20 000 M. M. M.

Zur Auszahlung des Entschädigungsamts waren 117 176 Fälle mit 1174,5 M. M. M. hieron waren 112 218 Fälle mit 215,5 M. M. M. Verzinsungen, 34 958 Fälle mit 961,2 M. M. M. Entschädigungen in das Reichsentschädigungsamt.

Von den 102 400 Anträgen auf Gewährung einer Härtebeihilfe waren 92 942, also 90,7 v. H., erledigt. Aus den Reichsentschädigungsämtern zur Verfügung stehenden Härtefondsmitteln sind 28 v. H. M. M. ausbezahlt worden.

Der Deutsche Obstand hat ein neues Entschädigungsprogramm aufgestellt und die Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände, in der man sich auf diese Vorläufige geeinigt hat, unterstützt diese Forderungen. Die Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände, die die ursprünglichen Vorläufige der Arbeitsgemeinschaft, die allseitig als recht und billig anerkannt werden sind, zur Durchführung kommen und verlangen eine Erhöhung des Entschädigungskapitals für die Schlußentschädigung von 1,5 Milliarden auf 2,8 Milliarden. Dadurch wäre es möglich, bis zu 10 000 M. eine hundertprozentige Entschädigung zu geben, für weitere 40 000 M. achtzig Prozent um, so daß also ein sehr erheblich günstigerer Prozentsatz herauskäme als er jetzt bei der Schlußentschädigung gewährt worden ist. Ferner verlangt der Deutsche Obstand Mittel zur Durchführung von Entschädigungen, Beihilfen oder anderen Leistungen, die anderen Geschädigtenverbänden im Exzessverlust belassen hat, ferner neue Vertriebenen bezüglich der abgewiesenen Vertriebenen, insbesondere auch für Beihilfenanträge solcher Geschädigten, die ihre Entschädigungsanträge verspätet eingereicht haben und mit ihren Beihilfenanträgen ebenfalls abgewiesen worden sind, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, in einmündigen Verhandlungen ihre Sachen zu verteidigen oder nachzutragen. Der Deutsche Obstand hat auch anderen Geschädigtenverbänden bekannt, nachdem die Jahresleistungen Deutschlands an den Feindbund herabgesetzt worden sind, Eingaben an die Reichsregierung und an den Reichstag gerichtet, in denen sie mit allem Nachdruck die Wesaufstellung der Entschädigung verlangten, um der Entschädigungsfrage im deutschen Liquidationsabkommen Stellung nahmen und für die Verwendung

des Rekkapitals der Schlusentfchädigung und der Liquidationsverträge Vorläufe machten. Der Deutsche Obbund hat in einer Sonderabgabe dem Reichstag gegenüber sehr nachdrücklich die Interessen der deutschen Obmärker zum deutsch-polnischen Finanzabkommen und zu der durch dasselbe zu regierenden Entschädigungsfrage geltend gemacht und vor allem auch die Rückkehr der Abwanderungssteuer durch Frankreich auf Grund des Polenabkommens verlangt. Die sehr umfangreichen und schwierigen Bemühungen um die Erreichung der diesbezüglichen Ziele nahmen einen großen Teil der Tätigkeit der Bundesleitung im Anfrucht.

Die Reichsfiskusabteilung

Während der ganzen Dauer des Jahres 1929 noch mit der Durchführung des Schlusentfchädigungsverfahrens beschäftigt. Es zeigte sich, daß, ähnlich wie es im Reichsfiskusabteilungsverfahren der Fall war, zahlreiche Fälle beim Reichsfiskusabteilungsverfahren mehr Zeit für die Erfüllung in Anspruch nehmen als ursprünglich erwartet worden ist. Namentlich diejenigen Fälle, in welchen die Befriedigung der Gläubigerwerte noch nicht rechtzeitig erfolgt oder in ausreißender Maße durchgeführt war, sowie diejenigen Fälle, in welchen Erbschaftslegitimationen geführt werden müssen und dergleichen, erfordern eine zeitwärtige und schwierige Bearbeitung. Es kommt hinzu, daß in zahlreichen Fällen noch das Entschädigungs- und Reichsfiskusabteilungsverfahren durchgeführt werden mußte, ehe die Befriedigung der Schlusentfchädigung erfolgen konnte. In einer sehr großen Zahl von Fällen, in welchen nicht der Entschädigung noch die Gewährung einer Beihilfe in Frage kam, war die Erhebung des Beihilfeverfahrens erst nach vollständiger Durchführung des Schlusentfchädigungsverfahrens möglich. Im Beihilfeverfahren selbst, das nach Art des Schlusentfchädigungsverfahrens den Nachweis der Verdrängung, des Verschleuderungsmaßes, der Höhe des Schadens und dergleichen erforderlich macht, waren ebenfalls umfangreiche Arbeiten nötig, die erstens teilweise in einer angemessenen Zahl von Fällen zur Erlangung einer Beihilfe führten. Hinsichtlich der Durchführung von Verurteilungen und Rechtsbeschwerdeverfahren beim Reichsfinanzgericht und, soweit die Gewährung der Schlusentfchädigung in der Form einer Reichsschuldverficherung erfolgte, deren Verwertung oder Verleitung durch die Obmärker-Aufbau G. m. b. H. Entsprechend diesem Umfang der Tätigkeit, zu welcher noch die Beratung in Grunderwerbs-, Wertungsausleiher- und sonstigen Angelegenheiten, die Vermittlung in Hypothekenselbstfällen, Grundstücks- und Selbststreuksfälle und dergl. durch die Obmärker-Aufbau G. m. b. H. hintritt, war der Schriftwechsel nach wie vor bedeutend. Es ist insgesamt die Zahl der Briefeingänge für das Vertriebsjahr auf etwa 12.500, diejenige der Briefausgänge auf etwa 14.000 und die Zahl der Besucher auf etwa 2500 zu schätzen.

Beratungsstelle für Verdrängungsschäden

Beihilfen-Anträge gemäß der Richtlinien von

30. März 1929

1. durch Gewährung der Beihilfe = 195

2. durch Ablehnung der Beihilfe = 129 = 324

Am Jahresabschluss lagen vor = 58 Anträge

Akteneinsichtnahmen: in 150 Fällen.

Anträge auf Erlass der Grunderwerbssteuer: 15.

Geldfiskalverkehr: Briefeingänge 7321, Briefausgänge

6117, Besucher 3105. Die Fülle der Arbeit benötigte Herr Abteilungsleiter Böhmert mit einer Sekretärin.

Verfolge der von Anfang an unzulänglichen Härtefondsvorrichtungen von 30. März 1928 erfolgten die Abweisung von Beihilfenanträgen, auch bei den Anträgen aus § 1. (Verletzung des Entschädigungsantrages). An letzteren Fällen ist nicht nur, wie bei den Entschädigungsanträgen, die Verdrängungseigenschaft, sondern jetzt auch noch der Verschleuderungsmaß nachgeprüft worden, und zwar auf Grund von Auskünften, die jetzt noch, nach Ablauf von 10 Jahren, von Bräuden eingeholt werden. Keiner der Abgewiesenen hat sich hiermit zufrieden gegeben. Von vielen wurde eine Beratungsstelle mündlich und schriftlich in Anspruch genommen mit der Bitte, letzte Hilfe zu leisten. Die dadurch nötigen vielseitigen Erhebungen und Gespräche bildeten einen großen Teil der Arbeit der Beratungsstelle, die in vielen Fällen erfolgreich war. Bekanntlich ist in den nur wegen Fristenrücksicht abgewiesenen Sachen damals gar nicht auf das Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen, wie Verdrängungseigenschaft ufm. von den Entschädigungsschreibern eingegangen worden. Aus der Notwendigkeit, die Beweise hierfür jetzt erst noch zu beschaffen, ergab sich ein gesteigertes schriftlicher und mündlicher Verkehr. Die Beratungsstelle selbst hat seit dem Aufheben der amtlichen Vorprüfungsstellen (31. Dezember 1924). Ihre starke Anwesenheit zeigt immer wieder, daß ihr Verbleiben eine Notwendigkeit ist. Die von ihr gestellten Beihilfenanträge in den von ihr vorgeprüften Sachen haben in zwei Dritteln der Fälle zum Erfolg geführt.

Die Wohnungsfürsorgestelle

hat sich mit der Zumeilung von Wohnungen an Flüchtlinge in 45 Fällen beschäftigt. Ihre Tätigkeit vermindert sich fortgesetzt, da, daß langsam doch auch diejenigen oberrheinischen Flüchtlinge, die bisher entweder überhaupt noch keine Wohnung hatten oder in völlig unzulänglichen Notwohnungen hausten, nach und nach menschenswürdig untergebracht werden, soweit nicht noch immer unüberwindliche

Hinderungsgründe in der Person des Flüchtling oder in den Verhältnissen liegen, und daß ferner die Ortsguppen in weitgehendem Maße sich ihrer Mitglieder gerade auch wegen der Zumeilung besserer Wohnungen annehmen.

Die Aufwertungsabteilung

hatte Eingänge 7619, Ausgänge 13 168, Besucher 1849.

Hypotheken-Aufwertungsabteilungen lagen ihr vor: bearbeitete 2603, Arbeiten zu erledigende 883, zusammen 3486. Erfolgt hat die Aufwertungsabteilung 288 mit 293.757,46 M. Schwere Aufwertungsverfahren lagen vor 145.

Sparguthabenaufwertungen lagen vor 10 375; Auszahlungen von Sparguthaben hat sie bereits erzielt in 995 Fällen mit 43250 M.

An Abwanderungssteueranmeldungen sind im Jahre 1929 nachträglich noch eingegangen 297. Die von Frau v. Simburg im Jahre 1928 erfolglos gezielte Abteilung, deren Sanitäts Herr Rechtsanwalt Schröder ist, hatte, um die erwähnten schönen Erfolge zu erreichen, einen tüchtigen Schriftwechsel zu verzeichnen.

Die Geschäftshilfe des Deutschen Obbundes

hat im Laufe des Jahres 1929 mehr als 1500 Besucher beraten und die Verwertung von ungefähr 500 Schuldverforderungen durchgeführt. Der zu benötigende Schriftwechsel umfaßt 13450 Ein- und Ausgänge. In vielen Fällen hat die Geschäftshilfe auf Grund laufender Entschädigungsanträge auf Schuldverforderungen Darlehen gegeben oder Zahlungsverpflichtungen zu vollstrecken. So ist es häufig geistig gestärkt, was ausgenommen und hierdurch vielen Geschäftshilfen ihren Grundbesitz und ihre Existenz erhalten können. Alle Verpflichtungen dieser Art sind glatt erledigt, so daß der Abteilung ein Risiko aus solcher Unterstützung besonders schwer bedrängter Geschäftshilfen nicht erwachsen kann. Von zahlreichen Mitgliedern, denen sie helfen konnte, hat die Geschäftshilfe warme Dankbriefe erhalten, insbesondere auch dafür, daß die Beratung sich als sehr nützlich erwies und daß der Verkauf von Schuldverforderungen durch uns günstiger erfolgt ist als durch andere, nicht in gemeinnützigen Sinne tätigen Stellen. Herr Verbandsdirektor Hilbert ist am 1. Oktober von der Leitung der Abteilung zurückgetreten und aus dem Dienst des Deutschen Obbundes ausgeschieden. Die Abteilung leitete dann zunächst Herr Fritz Schmidt und seit dessen Übertritt in die Vorgesellschaftsleiterin, triebener Obmärker Herr Hymbach. Beide haben sich vortrefflich in das Sachverstande eingebracht. In den ersten Monaten des Geschäftsjahres ist es der Abteilung gelungen, durch die Verbindung mit einem über gute ausländische Beziehungen verfügenden Finanzinstitut auf Verleihen von Schuldverforderungen zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen durchzuführen. Geschäftshilfen, die Schuldverforderungen noch erwerben sollten, können wir nur empfehlen, unseren Rat und unsere Vermittlung hierfür auch künftig in Anspruch zu nehmen.

Die Abwicklung der Geschäfte der Geschäftshilfe gestaltet sich sehr schwierig. Die Geschäftshilfen müssen sich in der unzulänglichen Lage befinden, daß sie die Verdrängung ihrer Verdrängungen von der Höhe ständen, so daß wir beispielsweise in einem solchen Falle telephonisch die für den nächsten Tag bevorstehende Zwangsversteigerung des Vermögens eines Mitgliedes aufhalten konnten, indem wir dem Gerichtsvollzieher gegenüber jede Bürgschaft übernehmen. Die Geschäftshilfen sollen sich in solchen Fällen meistens viel zu viel Zeit und kommen erst in letzter Stunde und in höchster Not, Hilfe vom Obbund zu erbitten, was dann entweder überhaupt nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten möglich ist. So muß denn oft das fieberhafte Unmögliche im letzten Augenblick doch möglich gemacht werden. Jedemfalls ist die Zahl der Fälle, in denen Mitgliedern aus allergrößten Schwierigkeiten durch die Geschäftshilfe Hilfe geleistet wurde, sehr groß.

Die Sterbekasse

hat weitere Fortschritte gemacht, allerdings nicht in dem Maße, wie wir es bei der großen Anzahl unserer Mitglieder hätten erwarten können, zumal die Beiträge und die Zahlungsverbindungen sehr gering sind. Bis Ende 1929 sind insgesamt 1610 Sterbefälle in der Sterbekasse verzeichnet worden, woraus 483.000 M. abgezahlt worden. Hierunter Abgang im Jahre 1929 durch Geld und Austritt 66, früher Abgang durch Geld und Austritt 244, zusammen 310. Es blieben daher 1300 Sterbefälle mit einer Verleihenungssumme von 390.000 M. bestehen. An Beiträgen wurden vereinnahmt 21.374 M. In Vergütungen bei Sterbefällen wurden in 26 Fällen 9600 gezahlt. Die Arbeiten wurden von Herrn Strick mit besonderer Sorgfalt erledigt.

Die Verleihenungsstelle

hatte 1516 Forderungen und 1462 Forderungsausgaben. Es wurden von 250 Mitgliedern Verleihenungen mit einem Verleihenungskapital von 2.863.175 M. abgeschlossen. Von diesen Verleihenungssummen entfielen auf Abteilung Leben 25.500 M., Abteilung Feuer 639.000 M., Abteilung Einbruch 104.000 M., Abteilung Unfall 325.000 M., Abteilung Selbstschaden 1.680.000 M., Abteilung Hagel 89.670 M. Von Krankenerleihenungen wurden im Laufe des Berichtsjahres in 15 Fällen über 1800 M. für Arzt- und Arzneikosten ausbezahlt. Nach dem Ausscheiden des Herrn Hymbach übernahm Herr Hilbert, sein bisheriger Stellvertreter, die Leitung der Abteilung.

Die heutige wirtschaftliche Lage umgibt ihn, sein, seine Familie und sein Eigentum gegen Schäden jeglicher Art zu schützen. Wie

hoffen, daß auch unsere Mitglieder sich immer mehr von der Wichtigkeit des Versicherungsschlusses überzeugen. Die Versicherungsstelle des Deutschen Offhandes erteilt die Entlohnung der Mitglieder in allen Versicherungsangelegenheiten. Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, sich auch dieser Einrichtung des Bundes nach Möglichkeit zu bedienen.

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutscher Offhand e. m. b. H.

1. Siedelung und Neuanbau.

Die Siedlung der im Jahre 1928 neu angekauften Güter, Staatsdomäne Rehrberg im Kreis Greifswald, Dom. 498 Hektar, Siedlung Dürrenfelshof im Kreis Greifswald, Dom. 310 Hektar, und ferner des im Jahre 1929 neu erworbenen Gutes Halbbendorf, Kreis Dr.-Gylau, 381 Hektar, zusammen 1190 Hektar, ist im Berichtsjahre im wesentlichen durchgeführt worden. Die Übergabe der fertigen Siedlerstellen mit der anteiligen Ernte an die Siedler zur Selbstverwirklichung ist in der Zeit vom Juli bis September 1929 erfolgt. Sämtliche Kautionsverträge sind abgeschlossen und von den zuständigen Kulturämtern genehmigt. Am Schluß des Jahres waren sämtliche Siedlerstellen verkauft.

Im Jahre 1929 wurden neu angekauft die Güter: Klein-Jahrom, Kreis Greifswald, in Größe von 562 Hektar, Friedrichshof, Kreis Prenzlau, in Größe von 268 Hektar, Wartelsdorf, Kreis Dr.-Gylau/Ohre, in Größe von 669 Hektar, zusammen 1499 Hektar. Diese drei Güter sollen im Jahre 1930 restlos abgelassen und die Stellen vollständig im Besitze der Siedler, die sich bereits zahlreich bemerken, übergeben werden.

Über den Verkauf einiger besonders gut geeigneter weiterer Siedlungsobjekte von zusammen 1170 Hektar schweben am Jahreschluß ernteliche Verhandlungen.

Angekauft hat die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutscher Offhand 1928/29 nachstehende Siedlerstellen unter Mitwirkung der zuständigen Kulturämter gebildet und verkauft:

Name der Siedlung	Gesamt- größe der Siedlung in ha	Größe der Siedlungsflächen in Größe von								Sauf- preis
		1-2 ha	3-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	20-50 ha	50-100 ha	100-150 ha	150-200 ha	
Rühlow . . .	11	214	2	—	6	1	1	1	—	—
Augusthof . .	53	488	22	1	4	24	2	—	—	—
Dürrenfelshof .	31	310	10	—	6	13	1	—	—	1
Rehrberg . . .	49	498	23	—	6	19	1	—	—	—
Halbbendorf . .	22	337	—	5	—	14	5	—	—	—
zusammen	166	1847	57	6	16	76	8	1	2	—

Hierzu die vorgezeichneten und im Jahre 1930 zur Vorgehung kommenden Stellen:

Klein-Jahrom . .	45	562	13	2	6	23	1	—	—	—
Friedrichshof . .	23	268	6	—	5	11	1	—	—	—
Wartelsdorf . . .	36	669	4	2	4	26	—	—	—	—
zusammen	104	1499	23	4	15	60	2	—	—	—

Von den bisher angekauften Siedlern sind 142 otmärkische Flüchtlinge und 24 einheimische Landwirte, zweite Bauernhöfe und Landarbeiter, darunter 13 übernommene Gesellschafterfamilien und 5 Landwirtefamilien aus Westfalen und Hessen.

2. Bautätigkeit.

Im Berichtsjahre wurden errichtet in

Name der Siedlung	Reihenhäuser	Reihenstraßen	Einzelhäuser	Baukosten 1929.
Rehrberg Kreis Greifswald	33	5	—	498 000
Dürrenfelshof Kreis Greifswald	23	6	15	381 000
Halbbendorf Kreis Dr. Gylau	11	3	8	248 000
zusammen:	66	14	23	1 127 000

Für die Erweiterung und den Ausbau der elektrischen Anschlußleitung in der Siedlung Augusthof sind rund 20 000 Reichsmark und für die in Dürrenfelshof neu hergestellte Wassererwärmungsanlage mit elektrischem Antrieb sind rund 55 000 RM. verausgabt worden.

3. Öffentlich-rechtliche Leistungen.

In der Siedlung Augusthof ist eine vollständige neue einkaufende Schule mit Lehrerwohnung mit einem Kostenaufwand von rund 57 000 RM. errichtet worden. Hierzu hat die Siedlungsgesellschaft einen Zuschuß von 36 000 RM. geleistet, der Rest mit 21 000 RM. ist vom Staat getragen worden. Ferner ist in Augusthof noch ein neues Spritzenhaus erbaut und eine Saugpumpe mit Zubehör beschafft worden, wofür an

Gesamtkosten rund 3300 RM. aufgewendet wurden. Für einen Schulneubau in Dürrenfelshof, der erst 1930 errichtet werden soll, gibt die Siedlungsgesellschaft neben dem Bauplan noch einen Darlehnsschein von 10 000 RM.

4. Wohlfahrts-einrichtungen.

Die in Augusthof übernommene Gastwirtschaft mit einem Jahresbranntwein von 54 000 Liter ist zu einer Genossenschaftsbrennerei der bürgerlichen Siedler umgewandelt worden. Diese hat sich gut entwickelt, und es soll jetzt noch ein Brenntrakt von 15 000 Liter ausgebaut werden. Ferner ist in Augusthof im Anschluß an die Preussische Zentralgenossenschaftskasse eine ländliche Spar- und Darlehnskasse gegründet worden, der sämtliche 53 Siedler angehören, mecks besserer Verwertung der Wohlfahrtsvereinnahme, und gemeinnützigen Einkaufs von Düngemitteln, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten usw.

Eine Zuckertation (Zullen- und Erberhaltung) ist in Augusthof ebenfalls eingerichtet worden.

Die Siedler in Dürrenfelshof haben sich in der dortigen Gemeinde bereits bestehenden Genossenschaften (Spar- und Darlehnskasse und Elektrizitätsgenossenschaft) angeschlossen. Eine Zuckertation für die Siedler soll auch dort eingerichtet werden.

In der Siedlung Halbbendorf, Kreis Dr.-Gylau, ist ebenfalls eine Zullen- und Erberhaltung eingerichtet worden.

In der Siedlung Rehrberg, Kreis Greifswald, soll zur besseren Verwertung der Milch eine Rahmstation neu errichtet werden. Die vorbereitenden Verhandlungen mit einer Stettiner Großmolkerei haben bereits zu einer Einigung geführt.

Die große, zur Errichtung dieser großen praktischen Erfolge notwendige handliche Hauswirtschaftliche Gesellschaft des Herrn Schmid, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Siedlungsgesellschaft, und den beiden Geschäftsführern, den Herren Heupel und Schülke, die sich großen Vertrauens erfreuen.

Wohnungsgesellschaft Deutscher Offhand.

Im Anschluß an die ausführliche Darstellung, die wir über die Ziele und die Tätigkeit der Wohnungsgesellschaft Deutscher Offhand im vorigen Jahr gegeben haben, kann mitgeteilt werden, daß wir unser Bauprogramm reiflich zur Durchführung bringen konnten.

Im Jahre 1929 wurden im ganzen 192 Wohnungen errichtet (gegenüber 42 im Jahre 1928), die sämtlich vermietet sind. Von diesen 192 Wohnungen entfallen 68 auf die Provinz Brandenburg, und zwar wurden erbaut: 16 Zweijammerwohnungen in Rüssow, a. d. W., 14 Zweijammerwohnungen in Küstrin, 20 Zweijammerwohnungen in Königsberg a. M., (Schlabau), 16 Zweijammerwohnungen in Landsberg (Schlabau), 8 Wohnungen entfallen auf den Bezirk der Westfälischen Heimstätte, und zwar wurden errichtet: 45 Zweijammerwohnungen in Gelsenkirchen, 16 Zweijammerwohnungen in Recklinghausen, 13 Zweijammerwohnungen in Bottrop.

Ferner wurden erstellt: 8 Wohnungen in Dinslaken (Rheinprovinz);

28 Wohnungen in der Provinz Pommern, und zwar: 16 Zweijammerwohnungen in Stargard, 12 Zweijammerwohnungen in Stettin.

Die Wohnungen werden spätestens bis zum 1. Juli 1930 beziehbar; einige sind jetzt zum 1. Januar bezogen worden, ein Teil wird zum 1. April bezogen werden können.

Das Bauprogramm der Wohnungsgesellschaft geht von der Absicht aus, dort, wo ein Werk angefangen ist, diesen zu erweitern, um in Landsberg, Küstrin und Potsdam, und auch in Recklinghausen, Königsberg, Stargard, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bottrop, Stargard und Dinslaken haben wir daher die Absicht, die vorhandenen Bauvorhaben weiterzuführen.

Neu hinzutreten werden größere Bauvorhaben in der Provinz Brandenburg, die insbesondere den vielen Offhändlern dienen sollen, welche sich um eine Wohnung in oder bei Berlin bemühen haben oder aber in einem anderen Ort zu leben wünschen, der ihnen vom Standpunkt des landschaftlichen Reizes ihren Lebensabend verbringen soll. Ebenso ist ein größeres Bauvorhaben in Ferne in Westfalen geplant für die vielen Offhändler, die dort beschäftigt sind. Ferner werden wir in Eilen mit einem Bauvorhaben beginnen.

Die Geschäftslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahre mit seinen Anfangsschwierigkeiten wesentlich gebessert. Geschäftsführer ist Herr Heupel von der S. u. G.

Das Aufsichtsratsmitglied hat zusammen mit dem Sinnerintendenten der Gesellschaft mit Erlaß vom 28. März 1929 die Gemeinnützigkeit verliehen.

Wohnungsgesellschaft vertriebener Offhändler.

Die in den Räumen des Deutschen Offhandes befindliche und diesem als körperhaftliches Mitglied angeschlossene Wohnungsgesellschaft vertriebener Offhändler e. m. b. H. hat im Jahre 1929 ihre weiteren Neubauten in Mariendorf und Reinickendorf fertiggestellt. Die neuen Wohnungen sind im Frühjahr und im Herbst 1929 fertig bezogen worden. Hierdurch ist die Bevölkerung der Wohnungsgesellschaft insgesamt 300 Wohnungen vollständig abgeschlossen. Diese 300 Wohnungen verteilen sich in Bezug auf die Größe wie folgt: 111-Zimmerwohnungen 50, 2-Zimmerwohnungen 10, 2½-Zimmerwohnungen 105, 3-Zimmerwohnungen 16, 3½-Zimmer-

wohnungen 49, 4-Zimmerwohnungen 8, 4½-Zimmerwohnungen 2, insgesamt 300 Wohnungen. Die Verteilung für die Wohnungen ließ sich nach Fertigstellung der betreffenden Bauten verschieden und schwanken

für 1½-Zimmerwohnungen von	48,—	bis	65,—	„	monatlich
2½—	„	33,50	„	87,—	„
3½—	„	81,50	„	110,—	„
4	„	105,—	„	150,—	„

Die jährliche Gesamtmietsrate stellt sich auf rund 27 500 000 M. Der Gesamtwert der fertigen Bauten einschließlich der Grundstücke beträgt rund 3 925 000 M., denen Hypothekenzinsen in Höhe von 3 692 000 M. gegenüberstehen.

Die Entwicklung der in untern Vandesorverbänden arbeitenden

Gesellschaften,

deren Abschlüsse für 1929 noch nicht vorliegen, war durchweg eine günstige. Es gilt dies vor allem von den Spar- und Vorlesevereinen der Vandesorverbände Berlin-Brandenburg, Schlesien in Breslau, Treibstadt Sachsen in Dresden, Bezirk Magdeburg, Vorpommern in Stettin, Treibstadt Danzig sowie für die Vangesellschaftshöfen des Vandesorverbandes Schlesien in Breslau und für die Wohnungsbau- und Kleinrentengesellschaft: Widraufbau des Vandesorverbandes Rheinland-Westfalen in Elten. Die Wohnungsbauengesellschaft des Vandesorverbandes Berlin-Brandenburg konnte die Schwierigkeiten, die ihr bezüglich der Herabgabe von Hausinsparhypotheken gemacht werden, weil sie aus neu gebildeten Gesellschaften angehen wird, nicht überwinden, hofft aber, im Jahre 1930 ihrer Herr zu werden.

Stellenvermittlung.

Gefahr, männliche und weibliche: 2687; offene Stellen: 1369; eigene Vermittlung: 1351, davon etwa die Hälfte erfolgreich; mit Erfolg an andere Arbeitsnachweise: 209.

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert. Die Zusammenkunft mit den Vandesorverbänden hat sich erfreulich gestaltet. Mehrfach haben mit auch Leute auf den Städtischen unterbringen können, ebenso in den Stadtgrünanlagen. Leider wird es immer schwerer, der Vandesorverbände geeignete Hilfskräfte zuzuführen, insbesondere können Familien mit Högengarn fast gar nicht mehr beschafft werden.

Särlorgebaltung.

Die Besucherzahl belief sich durchschnittlich auf 10 Personen je Tag, dabei sind unberücksichtigt die Vesperungen, die in diesen Tagen mit den Herren Vertretern von Ortsgruppen und Vandesorverbänden Teilgenommen haben. Die Mehrzahl der Besucher ist in Unterhaltungs-, Särlorge- und Staatsangehörigkeitsfragen beraten worden. Am liebsten hat sich im Laufe der Zeit unsere Särlorgearbeit mehr von der individuellen Hilfe auf die Hilfe für Bevölkerungsgruppen (soziale Hilfe) beschränken müssen, da für persönliche, also geldliche Hilfe keine Mittel mehr vorhanden sind.

Wie wichtig und wertvoll aber unsere Arbeit ist, beweisen alle die Fälle, bei denen mit 1. B. unter Hinweis auf die für Vetterbeie erlassenen Vorkehrungsmaßnahmen des Herrn Vetterbeie Wohlfahrtsvereins bei den Wohlfahrtsvereinen in Interesse unserer Mitbürger wirken konnten. So hat 1. B. das Bezirksamt Dankow in Sachen des Rheinrentners M. seinen bisherigen Standpunkt geändert und auf die Rückzahlung der Herrn M. bisher gewährten Unterhaltungen verzichtet. Mehrfach ist auch die Unterbringung von alten Vetterbeie in kommunalen Altersheimen deranloht worden. Die Zusammenarbeit der Särlorgestelle mit dem Reichsentscheidungsamt beschränkte sich auf die Erwerbung der 200-M.-Briefchen in Umzugsbüros für Optanten usw. Unterhaltungsfragen können in solchen Fällen an sich gestellt doch mit über ungeheure Mittel verfügen müssen, wenn mit diesen Anforderungen gerecht werden sollten. Der Leiter der Särlorgeabteilung und Stellenvermittlung, Frau Ruth Herzog, kamen ihre jahrelangen Erfahrungen auf diesen Sachgebieten sehr zu statten.

Durch sehr eingehende Verhandlungen mit dem Reichsministerium der beleagerten Gebiete und der Reichsvereinsverwaltung haben wir durchgesetzt, daß bei dem Verkauf billiger Bekleidungsstücke und Hausbedarfsgeschäften auch die Geflügelung mehr besonders berücksichtigt werden können, und zwar auf Grund von Kaufbescheinigungen, die unsere Vandesorverbände ausstellen. Wir haben ferner erreicht, daß eine Verkaufsstelle dieser durch das Abziehen der Bekleidung im Rheinland fast gemordeten Gegenstände in Berlin errichtet werden ist und daß bei größerem Bedarf Verkaufsstellen auch noch in anderen ostelblichen Städten errichtet werden sollen, vor allem in Breslau und vielleicht auch in einer nordostelblichen Stadt. Der Verkauf der Möbel usw. konnte allerdings erst im Jahre 1930 beginnen.

Beamteneinstellung.

Unsere Beamteneinstellung (Band der Kommunalbeamten usw. aus den abgetretenen Gebieten), seit 1924 geleitet von Herrn Stadtsammler Schmitt, hat, wie im abgelaufenen Jahre in letzter Reihe Mitglieder fürwahrhaft und erfolgreiche Arbeit geleistet. Durch Verhandlungen mit den Beamteneinstellungsstellen der Parlamente und mit den zuständigen Reichs-, Staats-, Provinzial- und Gemeindebehörden hat es die Beamteneinstellung dank ihres Ansehens und ihrer langjährigen Praxis verstanden, mit Unterstützung der Hauptleitung des Deutschen Ostbundes, in den Fragen der Unterbringung von Kommunalbeamten und Angehörigen, der Föhrergruppierung, der Verbesserung von Pensionen-

und Hinterbliebenenbezüge usw. eine große Reihe wertvoller Erfolge zu erzielen. Das hat dem Ostbundesrat, das Sammelgremium der Mitglieder zu Bärke, die in mehreren Interessen hinaus aber hat der Verein sich auf der Pflege ostelblicher Interessen namentlich in den Grenzfragen genötigt und die Liebe und Treue zur alten Heimat gepflegt. Im Interesse dieser Bestrebungen hat er seinen Mitgliedern den Bezug des „Ostlandes“ und des „Ostdeutschen Heimatkalenders“ warm empfohlen und die ostelblichen Bestrebungen des Deutschen Ostbundes warm unterstützt.

Kultur-Abteilung, Jugendstelle.

Im Jahre 1929 wurden nach dem Tode des Herrn Direktors Lange die Kultur- und Archiv-Abteilung wieder zu einer Abteilung zusammengefaßt, die unter der Leitung des Vandesorpräsidenten Dr. Fückte steht. Hier wurde nach dem Ausscheiden des Herrn Oberkonsultanten A. D. Stielzel auch das Hindenburgmuseum angegliedert. Die Abteilung hatte einen Schriftverkehr von 7849 Eingängen und 9908 Ausgängen. Etwa 1500 Besucher wurden empfangen und beraten. Die Sammlungen des Archivs und der Bücher konnten im vergangenen Jahre erfreulich vermehrt werden; vielfach wurden sie für wissenschaftliche Arbeiten benutzt. Wichtige Dokumente, auch Erinnerungen an die Notzeit, die unter arbeitslosen Sammlungen aufbewahrt, kamen auch im letzten Jahr zur Veröffentlichung in der „Ostland“-Beilage „Ostarchiv und Heimatmuseum“.

Außer der Schriftleitung der „Ostland“-Beilage, deren Sondernummern auch in literarischen Kreisen große Beachtung fanden, wurde in der Kultur-Abteilung weiterhin der „Ostdeutsche Heimatkalender“ bearbeitet, der erfreulicherweise auch in Reichstagskreisen viel gelesen wurde und in der Presse reiche Anerkennung fand. Unter Mitwirkung der Jugendstelle wurde das Vortragsbuch des Deutschen Ostbundes „Deutsches Ostland“ in verbleibender und mit einem Notenband vergebener Auflagen herausgegeben.

Vesender Dank gebührt bei all diesen Arbeiten den beiden Sekretarinnen der Kultur-Abteilung Fräulein Meeden und Fräulein Braun.

Hand in Hand mit der Kultur-Abteilung arbeitete unsere Jugendstelle. Unter Leitung von Herrn Dr. Fückte und unserem Jungführer Herrn Kammerdirektor Dr. Hoffmeister, der inzwischen von Braunschweig wieder nach Berlin übergesiedelt ist, wurden im Jahre 1929 drei ostmärkische Schulungswochen in Schloß Neurath veranstaltet; sie waren von großem Nutzen. Die erste von ihnen, die in Zachefermühle stattfand, diente in ganz besonderer Maße der Führerausbildung. Auch von guten Jugendführern und ebenso von Jugendpflegern wurden diese Wochen besucht. Herrn Dr. Hoffmeister gebührt herzlichster Dank für seine hingebende und Begelung ermerkende Arbeit.

Über die Frauenarbeit des Deutschen Ostbundes, deren Vesperamt ebenfalls Herr Dr. Fückte hatte, wird besonders berichtet. Die Leistung der gesamten Frauen liegt in den Händen von Frau Ruth Herzog, der für ihre aufopfernde Tätigkeit gleichfalls aufrichtiger Dank gebührt.

Erwähnt sei, daß Herr Dr. Fückte im Laufe des Jahres 1929 in Berlin und im Reich mehr als 70 Vorträge ostmärkischen Inhalts gehalten hat, darunter mehrere aus Anlaß der Jahrtagsfeiern, des jährlichen Festes des Deutschen Ostbundes und des 10. Todestages von Carl Voigt.

Die Kultur-Abteilung verteilte in den Kreisen des Deutschen Ostbundes mehrere Bücher, darunter Dr. Fücktes Ostmarkenroman „Das Leben der Heimat“, der Erlös kam unserer „Haus-Ostland“-Arbeit zugute.

Der „Freundeskreis für das Ostarchiv und Heimatmuseum“ sammelt, jetzt unter der Gefühlsführung des ostdeutschen Schriftstellers Herrn Heinrich Kuthig, auch weiterhin Dokumente zur Geschichte und Kultur unserer Heimat, namentlich in der Notzeit. Eine Ausstellung ist in Vorbereitung.

Verlags- und publizistische Tätigkeit.

Um die Anteilnahme unserer Kreise für die Offfragen zu wecken und lebendig zu halten, setzte die Bundesleitung ihre publizistische und Verlagsstätigkeit auch im abgelaufenen Jahre in lebhafter Weise fort. Das „Ostland“ mit seinen Beilagen „Ostland-Kultur“, „Ost-Archiv und Heimatmuseum“, „Die ostmärkische Frau“, „Der junge Ostmarkler“, „Der ostmärkischen Hand“ hat sich einen festen Platz im jahrelangen ostdeutschen Sammler erobert und wird mit ein treuer Hausfreund geliebt und sein Erscheinen jede Woche mit Spannung erwartet. Aber nicht nur die Ostmarkler lesen es mit Gleich, sondern in den Vesseln der Parlamente, der Universitäten und sonstiger Bildungsanstalten, der Stadt- und sonstigen Bibliotheken usw. wird sein Inhalt regelmäßig eifrig verfolgt. Vor allem aber wird dem „Ostland“ in den Reichs- und Staatsministerien sowie bei anderen Zentralbehörden, ferner bei den Staats-, Provinzial- und Stadtbehörden in den Ostprovinzen Aufmerksamkeit geschenkt. Aber auch von den Behörden im Reich, die sich dadurch über wichtige Offfragen auf dem laufenden erhalten wollen, wird das „Ostland“ vielfach eingehend gelesen.

Im abgetretenen Gebiet wird es dankbar anerkannt, daß wir nicht nur den Verdrängen, sondern vor allem auch den drüben ver-

bliebenen Olfmärkten bei Jubiläen, Todesfällen und aus anderen Anlässen Würdigungen im „Oftland“ teilen werden lassen und so den geliebten Zusammenhang der Olfdeutschen über die Grenze hinweg wahren.

So ist das Oftland eines der stärksten Bindemittel für die Mitglieder des Deutschen Oftlandes untereinander, ferner zwischen den Olfbüdler und der alten Heimat. Zugleich aber ist es in die weitesten Kreise des In- und Auslandes gebunden als Aufklärungs- und Vertretung des deutschen Standpunktes in den immer wichtiger werdenden Offfragen. In die Schriftleitung ist Anfang Juni 1929 als verantwortlicher Redakteur Herr Dr. R. Rezel eingetreten, der die Olfinteressen tief wahrnimmt.

Die Anzeigenzeitung des „Oftlands“ hat seine betriebsmäßige Erweiterung erfahren. Um einen Zeitraum i. d. 1929 3500 Anzeigen veröffentlicht. Jede Nummer umfaßt 3-4 Anzeigenzeilen. Diese eifrige Benutzung des Anzeigenblatts bildet einen weiteren Beweis für das Ansehen und die Beliebtheit unseres Blattes in weiteren Kreisen. Sie ist ferner auf die großen Erfolge der Anzeigen im „Oftland“ zurückzuführen, ist es doch vorgekommen, daß auf einzelne Anzeigen über 60, ja vereinzelt sogar über 100 Angebote eingereicht worden sind.

Derselben Zweck dient mit steigendem Erfolge unser „Oftdeutscher Heimatkalender“, der in einer ungewöhnlich flott-lichen Anzahl alljährlich als Hausfund in zahlreichen Familien be-„stehen“, von „der Preiser immer höher“ sein, was wir ein unentbehrliches Mittel der Aufklärung über die Offfragen gerührt und auch von Kioskmärkten immer mehr beachtet wird. Im weitgehendsten Maße Aufklärung über die Tätigkeit des Oftlandes wie auch über die Offfragen bieten wir ferner durch die schon erwähnte „Schrift“, „Zehn Jahre Kampf für Olfheimat, deutsches Volkstum und Vaterland“, sowie durch die „Schrift“, „Siciliano“ — wie es über 10 000 deutschen Olfmärkten in einem polnischen Internierten-„lager“ erging, in der in der Einleitung ein gebräugtes, parkendes Bild des ganzen Olfproblems und der Olfhöhe gegeben wird. Unsere Zusammenstellung otfmärktischer „Schriften“, „Oftdeutsche Väter-„tümern“ findet in steigendem Maße bei vielen Ortsgruppen Be-„achtung, weil es eine unerschöpfliche Fülle brauchbarer Vortragsstoffe bietet, weil daneben aber auch vielfach von Familien angelehnt, weil sie diese Sammlung otfmärktischer Dichtungen als eine Her-„forderung für Erwachsene und Kinder aufheben und immer wieder gern zur Hand nehmen. Als gleichem Grund wird unser „Otfmärktisches Väterbuch“ sowohl von den Ortsgruppen wie von den Familien viel gekauft. Viele Ortsgruppen haben heute ohne unser Vordruck gar nicht mehr denkbar. Der Gehalt otfmärktischer Väter-„nach den gesellschaftlichen Situationen gibt den Zusammenkünften Schmun-„zel und heimatisch trauende gefällige Weile, so daß die Mitglieder ganz von selbst immer wieder auf den Gebrauch des otfmärktischen Väter-„buches dringen. Als ganz besonders wichtige Waffe im Kampfe um die Offfragen hat sich das von uns herausgegebene Buch von Professor E. Hubert, „Die Otfdeutschen“, welches die Väter-„tümern und Väter des Otfdeutsches“ erzieht, das spezifische die beste Zusammenstellung des gesamten Materials über die Offfragen dar-„stellt, das wir zurzeit besitzen.

Das Väterbuch hat sich erfreulichstweise gut weiter ent-„wickelt. Unsere otfmärktische Zentralbücherei ist stark er-„weitert worden. Die Bestände derjenigen Ortsgruppen, die schon Väterbüchern hatten, sind vermehrt worden, und viele Ortsgruppen sind dazu übergegangen, Väterbüchern neu anzulegen. Bemerkenswert ist noch, daß anlässlich des 60. Geburtstages unseres Bundespräsidenten Einigkeit von Herrn Direktor Schaffen, dem gesellschaftsführenden Vorsitzenden des Vereins Grenzlandbüchereien, eine Einzel-„bücherei in Pölsing in der Grenzmark gestiftet worden ist.

Frauenarbeit im Otf.

Frauenien.

Surzeit bestehen rund 60 Fraueniengruppen, von denen viele, auch solche, die sich erst auf Grund des Frauenienkongresses vom vorigen Jahre gebildet haben, sehr erfolgreich arbeiten. Der Frauenienfest des Bundesverbandes Berlin-Brandenburg beginnt im März 1930 sein 5. Stiftungsfest. Die Fraueniengruppen werden durch die Frauen-„beiträge des „Oftlands“ häufig ermuntert und angeregt. In dankens-„werter Weise führen sie die Sammlung von Väter und geeignetem Lesematerial („Schriften“) für die deutschen Kinder der Heimat fort. In der Ortsgruppe Berlin-Marien-„burg arbeiten Kinder daran, das uns gesammelte Lesematerial sauber ein-„zubinden und anschließend bewahren.

Arbeitsgemeinschaft otfdeutscher Frauen.

Die bisherige 2. Reichstages- und Bundestagsabgeordnete Dr. Elisabeth Spöhr, hat ihr Amt niedergelegt und ist durch Wahl vom 3. De-„zember durch die Vorsitzende des Heimatländbundes, Frau Brönn-„ner-

Höpfner, ersetzt worden. An großen Tagungen hat die Arbeits-„gemeinschaft im Februar 1929 im Rahmen des Goethe-Festungs-Jahres in Braunfels im Februar eine dreitägige Veranstaltung mit großer Rundgebung durchgeführt. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben sich hauptsächlich um die Haus-Oftland-Arbeit bemüht.

Saus Oftland.

Für die Entwicklung dieser praktischen Betätigung otfmärktischer Frauen ist das vergangene Jahr im guten Sinne entscheidend gewesen. Durch die praktische Mitarbeit der Herren Geheimrat Schmid und Dr. E. W. E. ist mir ein gutes Stück vorwärts gekommen. Das Gerichten mit 30 Kindern befestigt, später haben noch einige Studenten und Studentinnen, die uns der Vaterländischen Frauenverein zugeschiedt hatte, bei uns Erholungsurlaub abgeholt. Die Frauen-„gruppe Stettin hat Saus Oftland besucht. Der Gehörgang für Anwärter-„ und Bauernrichter, welchen wir in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. Dezember abgehalten haben, von 25 Jungoftermärkten be-„sucht und schloß mit guten Ergebnissen. Den Abflug bildete eine wohlgeleitete Adventsfest, die vom ganzen Dorf Selchow und von unseren umliegenden Ortsgruppen Bohn, Greifenhagen, Stettin und Rehberg besucht wurde.

Über die Jugendarbeit des Deutschen Oftlandes ist im Rahmen der Kulturarbeit berichtet worden.

Die Vertriebsabteilung.

Im vergangenen Jahre mit großem Erfolg den Verkauf unserer Künstlerpostkarten, Briefpostkarten, Otfmärktischen und Otfdeutschen Heimatkalender in den Kreisen der Nichtmitglieder organisiert und durchgeführt. Mit Hilfe zahlreicher Untervertreter gelang es hier, 65 294 Karten, 8362 Marken und 4085 Kalender im Reich zu verkaufen. Dadurch wurde nicht nur den finanziellen Aufgaben des Deutschen Oftlandes ein namhafter Be-„trag geleistet, sondern es wurde auch eine wertvolle Werbung zu-„gunsten der Otfmark und des Deutschen Oftlandes dadurch durch-„geführt.

Unsere Ziele.

In vorliegenden Angaben ist der Umfang der Tätigkeit der Bundesleitung des Deutschen Oftlandes nicht entfernt erschöpft. Über eine ganze Reihe von Dingen kann offensichtlich nicht berichtet werden. Ebenso ist nicht erwähnt die weitgehende Tätigkeit, die der Otfbund dadurch ausübt, daß er jährliche Behörden, Parlamentarier, Presse-„vertreter und Privatpersonen in immer feineren und feineren, aber großem Umfange fortgesetzt über die verschiedensten Offfragen Aus-„künfte beim Deutschen Otfbund einholen. Andererseits sind auch nicht entfernt erschöpfend berücksichtigt die zahllosen Einzelfragen, die der Deutsche Otfbund im Interesse des Allgemeinwohls sowohl wie seiner Mitglieder ständig behandelt, wobei er in enger Fühlung zu den zahl-„reichen Behörden steht, die eine möglichst weitestreichende Erleuchtung angeht. Auch die vielen Menschen kann man sagen, daß es kaum irgendwo den Otfen besonders angedeutet Frage, daß die Öffentlichkeit nicht in der der Otfbund nicht tätig ist. So sind also die obigen Mitteilungen lediglich ein unvollständiger Versuch, ein Spiegelbild der um-„fassenden Tätigkeit des Deutschen Oftlandes und seiner Bedeutung zu geben. Sie berechtigen zu dem Schluss, daß der Otfbund eine großartigste, selbstgestaltete Organisation ist, deren Tätigkeit sich nicht nur auf gemeinnützige Grund-„lagen abspielt und der ideale Aufgaben von größter materienlender Bedeutung wie auch praktische Ziele in weitgehendem Maße zu verwirklichen sucht.

In den 11 Jahren seiner Tätigkeit hat sich manches gewandelt, und der Deutsche Otfbund hat daher auch in seiner Tätigkeit manchen alten Weg verlassen und anderen neuen Weg einschlagen müssen. Nachschauen darüber, was die Jahrgänge des Deutschen Oftlandes Das 11. Jahr seiner Tätigkeit bedeutet vielleicht einen weiteren Aufstieg und eine Erweiterung des Aufgabenkreises des Deutschen Oftlandes.

Möchte es ihm mehr und mehr gelingen, das ge-„samte deutsche Volkstum zu einer geliebten Otfdeutschen Gemeinschaft zu einen, die sich ge-„schlossen, unerschütterlich und unerschütterlich auf dem neuen Ge-„biet einsetzt, daß der deutsche Otfen vor Ver-„kümmerung und Verödung bewahrt, daß er viel-„mehr wirtschaftlich und kulturell gefördert und daß das, was uns vom deutschen Otfen entziffen worden ist, durch den Zung des Weltgeistes mehr und mehr Deutschland wieder zugeschiedt wird. In dieser Forderung treten wir in die Reihe der neuen Ge-„schichtsfälle, in dem wir die Entwicklung unserer hohen Ziele und Zwecke mit unermindeter Eifer weiter betreiben werden.

Verwendung des Restkapitals der Schlußentschädigung.

Dr. Möldenhauer über die Reuaurollung der Entschädigungsfrage.

Im Reichstage ist bei den Zwischenberatungen über das Polen-„abkommen und die dabei zu regelnde Entschädigungsfrage ein Antrag des Abg. Lindner-Wildau angenommen worden, in dem ver-„langt wird, daß die bei der Schlußentschädigung als Rest verbleibenden Schuldbeiträgen des Reiches den Geschädigten zugeschiedt werden, wobei insbesondere die entmöglichten und wiederzubegebenden Ge-„

schädigten berücksichtigt werden sollen. Ferner wird verlangt, daß die Regelung der Frage durch Richtlinien, die mit dem 18. Ausschuss des Reichstages zu vereinbaren sind, erfolgen soll. Mit diesem Antrag hat sich die Reichsregierung einverstanden erklärt. Reichsfinanzminister Dr. Möldenhauer hat außerdem die ausführliche Erklärung ab-„gegeben, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, daß bei

der Schlußentschädigung verbleibende Restkapital sollte den unter das Kriegsschuldenschnittgesetz fallenden Geschädigten in einer noch zu bestimmenden Form ausgehändigt werden. Der Minister betonte dabei, daß dem in dem Antrage ausgesprochenen Wunsch, der völlig im Rahmen des Kriegsschuldenschnittgesetzes liege, Rechnung getragen und so eine jüngst erhobene Forderung der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigten-Verbände erfüllt werden könne.

Vorgeschlagen wurde sich Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer gegen den vom Abg. Illikow (Str.) ausgesprochenen Wunsch, daß der auf Grund des Kriegsschuldenschnittgesetzes entstehenden Verbindlichkeiten eine gleichzeitige Entschädigung gewährt werde, wie man sie jetzt den auf Grund des Polenabkommens zu entschädigenden Privatpersonen gewähren wolle. (Herr Debatz Illikow hatte sich dabei vorm für die Interessen der übrigen Geschädigten eingesetzt.) Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer erwiderte, daß die Forderungen der anderen Geschädigten, gleichwohl auf welchem Grunde sie beruhen und in welchen Zusammenhange mit dem Kriege und den Kriegsschulden sie stünden, nicht milderzuziehen könnten. Es müßte bezüglich dieser Schäden bei der für sie getroffenen Regelung bleiben.

Vielen Standpunkt der Reichsregierung bekämpfen die Geschädigten mit aller Entschiedenheit. Sie werden sich auf dem Verdrängten-Kongress am 8. und 9. März mit dieser bedeuerlichen Stellungnahme der Reichsregierung hart und klar auseinandersetzen. Auf dem Kongress wird mit dem Reichspräsidenten, dem Reichsminister der Reichsregierung die Entschädigung des Reichstages besprochen, in der bei der endgültigen Regelung der Reparationen eine Erhöhung der jetzigen unzulänglichen Entschädigung gefordert wurde.

Im übrigen begreifen wir die Zufolge, daß das Restkapital der Schlußentschädigung den Geschädigten verbleiben soll, als ersten Schritt des ansehnlichen Kampfes in der Entschädigungskampagne mit demnächst. Es bleibt jetzt die wichtige Frage zu lösen, wie die Verteilung dieser Mittel erfolgen soll, wofür ja bekanntlich die Arbeitsgemeinschaft bereits Vorschläge gemacht hat. Es gilt nunmehr, Regierung und Reichstag für die Vorschläge zu gewinnen.

Die Entschädigung des Staates Preußen.

Die oben erwähnte Verpflichtung des Reiches gegenüber Preußen zur Entschädigung wegen des abgetretenen Staatsgebietes hat Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer jüngst bei den Ausschussberatungen des Reuen Planes im Reichstag mitgeteilt. Sie lautet:

„Die Reichsregierung erklärt der preussischen Staatsregierung unter Bezugnahme auf das Schreiben der Reichsregierung vom 26. September 1919, daß sie beabsichtigt, die Auseinanderstellungen zwischen dem Reich und Preußen über die Preußen durch den Verfall der Bittorg ermordeten Verluste an nutzbarstem Staatsgebiet und die damit zusammenhängenden Fragen durch ein besonderes Abkommen (Abrechnungsgesetz) zu regeln. Reichsregierung und preussische Staatsregierung sind sich darüber einig, daß das Gesetz auf dem Grundsatze der gleichmäßigen Behandlung aller Länder aufgebaut werden soll.“

Infolge dieser Verpflichtung des Reiches hat Preußen bekanntlich seinen anfänglichen Widerpruch gegen das deutsch-polnische Finanzabkommen aufgegeben.

Neues aus Polen.

Der Deutschstammbundproseß.

Am 4. Februar hatten die acht Angeklagten des Deutschstammbund- und Kriegsdienstverweigerungsprojektes, gegen die das Verfahren noch nicht eingeleitet worden war, die Anklageschrift erhalten. Die Hauptverhandlung wird am 17. März vor dem Bezirksgericht in Bromberg stattfinden. Es handelt sich um die Herren Fr. Heibel, Fr. Krause, G. von Willehien, W. Janner, Dr. Scholz, D. Schmidt, P. Dohrmann, F. Arndt, Dr. Winkelhausen und Szeulin G. Seiler.

Unterzeichnung des Handelsvertrages?

Der polnische Ministerrat hat sich am Montag mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag befaßt. Es heißt, daß mit der Unterzeichnung des Abkommens noch im Laufe dieser Woche zu rechnen ist, nachdem auch in der Frage des Niederlassungsrechtes der deutschen Schiffahrtsgesellschaften eine Kompromisslösung gefunden worden ist.

Obereigen im polnischen Seim.

Kompromiss wird sich mit dem Resolutor in der Hand. Am polnischen Parlament gab es am 26. Februar im Herrensaal sehr erregte Szenen. Der Ausschuss hatte verschiedene Voten

des Herrensaals herbeigekommen und einzeln direkt gestrichen. Die Anhänger Pilsudskis nahmen das als eine persönliche Beleidigung des Reichstages auf und protestierten so erregt, daß es wiederholt zum Handgemein kam und ein Ausschussmitglied von einem Pilsudskianer gestrichen wurde. Auch der ehemalige Senatsmarschall von Kompaniowski (fr. Reichskonsul in Polen) wurde gewaltig sehr bedrängt, so daß er sich veranlaßt sah, seinen Revolver zu ziehen und mit erhobener Waffe sich der Gegner der Nationaldemokratie aus dem Pilsudskilager zu erwehren — ein Vorgang, der sich im parlamentarischen Leben nicht oft ereignen dürfte. Doch er als „Hobepollenkuch“ beschimpft wurde, bis der Kurstiel halber nebenbei ermittelte.

Schiffahrtsführer Frank aus der Haft entlassen.

Der am 18. Februar verhaftete Schiffahrtsführer des Deutschen Seimbüros in Thorn, Paul Frank, ist aus der Unterlufthaushaft entlassen worden; seine Entlassung erfolgte ohne jede Kautionseistung. Wie berichtet, war Frank im Zusammenhang mit der Seinsführung im Deutschen Seimbüro in Thorn verhaftet worden. Der Haftbefehl war ihm erst zwei Tage darauf zugehändigt worden.

Stimmen über den Osten.

Ministerialrat Rathenau.

In einem „Der Widerstandswille des Ostens“ betitelten Artikel (Märk.-Pol. Bl. Nr. 44) schreibt der Obereigentümer im preussischen Innenministerium, Ministerialrat Dr. Rathenau, u. a. folgendes: „Die Polen mögen nicht zu früh frohlocken: Die Widerstandskraft des Ostens und namentlich Ostpreußens droht zu erliegen; das bewußt der SOS-Ruf der Wirtschaftsführer nicht minder als die Denkschrift der östlichen Landesabgeordneten und der Bericht des Enquete-Ausschusses. Der Ernst der Stunde kann nicht genug betont werden. Aber trotz aller Sorge, trotz allem Ungemach mit einer Selbsthaltung Ostpreußens braucht Polen nicht zu rechnen! Das was Polen und die ganze Welt wissen: ehe Ostpreußen nur einen Stein oder einen Baum mehr, als ein fürchtbares Geschick ihm entziehen, an den östlichen Nachbarn verlieren sollte — ehe wird die Provinz, wird der Preussische Staat und das Deutsche Reich auf der Strecke liegen. In diesem Punkte ist das gesamte deutsche Volk einig. Diesen einstimmigen Willen der Gesamtheit gilt es jetzt zusammenzufassen, um den vom Verderben bedrohten Teil des Ganzen zu schützen und zu stärken.“

Professor Wiese.

Der bekannte Literaturhistoriker Professor Dr. Alfred Wiese schreibt in einer den „Ostpreussischen Monatsheften“ gemündeten Besprechung in den „Frankfurter Nachrichten“: Man könne nicht genug in den Bestreben tun, den Widerstand und Stämmen immer mehr einzufließen, daß in Ostpreußen, in Ostland, in Ostpreußen, die ein unumstößliches, kraftvolles Deutschland für alle Zukunft erhalten wollen, daß es auch heute noch nie vom Beginn des Weltkrieges an, der kein Ende nehmen soll, um die deutsche Seele geht die Idee aber ist ein unentbehrliches Glied der europäischen Kultur. So weit ist das Ostproblem, in dem Frankreich und Polen in unauslöschlicher Hölle gegen die geistige deutsche Übermacht unternommen zusammenwirken, zu einer europäischen Frage allerhöchster

Wichtigkeit aus. Der uralte Kampf um die Weichsel, der nicht weniger schwer ist als der Kampf um den Rhein, hat erneut in immer noch mehr Maße eine ernste, ja entscheidende Bedeutung gewonnen.“

Reichsminister a. D. Koch-Weser.

Bei einer Rundreise der Demokratischen Partei in Berlin erklärte Reichsminister a. D. Koch-Weser, daß nirgends in Europa so unglückliche Grenzverhältnisse bestünden wie im deutschen Osten. „Wir werden uns niemals einverstanden erklären“, fuhr er fort, „daß Ostpreußen als Insel vom übrigen Deutschland abgetrennt ist. Wenn wir im Westen Frieden geschlossen haben, so doch in erster Linie deswegen, um eine starke und gesicherte Westfront zu gewinnen.“ Es wolle eine „Politik gemacht werden, die zu einer Anerkennung der deutschen Revolutionswünsche führt.“

Ministerpräsident Braun.

In seiner in der letzten Nummer des „Ostland“ erwähnten Rede zum Polenabkommen hat der preussische Ministerpräsident Braun bezüglich der Ostgrenzenfrage folgendes ausgesprochen:

„Wir mögen die Ostgrenzen beurteilen wie wir wollen — ich halte sie für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht — sie sind aber durch die politischen Machtverhältnisse gegeben, und der Politiker muß mit jenen Machtverhältnissen rechnen. (Rufe bei den Deutschnationalen: „Er muß sie überwinden!“) Deshalb verleihe ich auch, daß die Reichsregierung ein friedliches Verhältnis zwischen uns und Polen zu erreichen sucht.“ Die einzige Zinnschicht gereicht auf die Dauer nur beiden zum Schaden.“

Wir stellen fest, daß Herr Ministerpräsident Braun die jetzige Ostgrenze für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht hält. Sie muß infolgedessen abgeändert werden; denn auf einer unnatürlichen Grenze kann keine gedeihliche Entwicklung, auf einer unwirtschaftlichen Grenze keine glückliche Wirtschaft und auf einer ungerechten Grenze keine friedliche Nachbarschaft aufgebaut werden.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Richtfest des ersten Ostbundhauses in Reddinghausen an der Fernerstraße.

Nach altem Brauch und guter Sitte wurde am Samstag den 2. Februar 1933 der erste Ostbundbau in Reddinghausen durch die Richtkronen geweiht. Die drei Häuser enthalten 15 Wohnungen. Der Bau selbst ist in Ziegelmauern ausgeführt und mit Kiefern verblendet. Vor den Häusern stehen Grünanlagen, so daß das Gesamtbild sehr freundlich wirken wird. Anlaßlich des Richtfestes hatten sich ein Vertreter der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Deutscher Ostbund m. b. H. in Berlin in der Person des Leiters ihrer Zweigstelle, Herrn Rasch, der Vertreter der Westfälischen Heimstätte, Herr Köhler, welche den Bau geplant und betreut hat, der Vorsitzende der Siedlungsgesellschaft Westfalen, sowie noch vom Landesverband des Deutschen Ostbundes Rheinland und Westfalen gegründet wurde, Herr Günther, der Bauunternehmer Herr Collé und der Vorsitzende der Ortsgruppe Reddinghausen des Deutschen Ostbundes, Herr Mallohn, mit den Bauhandwerkern zu einer schlichten Feier zusammengefunden. Viele Bauten, so hoch es in einer der hiebei gehaltenen Ansprachen, seien ein Beweis dafür, daß der Wille des Ostbundes, seinen dem Haus am Hof vertriebenen Mitgliedern ein neues Heim geben zu wollen, lebendig sei.

„Dem Gott gelobt“, „Bergmannsackel“ und „Darbietungen“ leitete der Bauhandwerker blieb man noch gemüßlich beisammen, bis ein kräftiges „Ost Heil“ die schöne Feier beschloß.

Bundesnachrichten.

Verkauf billiger Bekleidungsmittel.

Für den Verkauf billiger Möbel und Haushaltsgegenstände aller Art, die durch den Abzug der Bekleidungsgruppen aus dem Westen frei geworden sind, ist nun neben verschiedenen Verkaufsstellen im Westen auch eine solche in Berlin errichtet worden. Die ostmärklichen Verdrängten werden unter gewissen Voraussetzungen als Käufer in Betracht kommen. Nicht über den Verkauf der Bekleidungsgegenstände und über die Voraussetzungen für die Zulassung als Käufer haben wir mit Rundschreiben 2 sämtlichen Ortsgruppen im Wortlaut zugeleitet. Diejenigen Verdrängten, die Möbel, und zwar ganze Zimmer oder einzelne Gegenstände, Tische, Stühle, Kücheneinrichtungen oder Haushaltsgegenstände aller Art erwerben wollen, haben sich an die zuständigen Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes zu wenden. Diese prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen, worauf auf ihre Befürwortung der Leiter der örtlichen Ostbundes-Ostbundes in Berlin Kaufberechtigungsscheine ausstellt. Nur auf Grund dieser Scheine ist die Befähigung der Verkäufer und Käufer gestattet.

Einbürgerungsaufträge.

Wir erhalten fortgesetzt Anträge wegen Einbürgerung von Deutschen, die die politische Staatsangehörigkeit beizubehalten. Was zu dieser Angelegenheit zu sagen ist, haben wir im Rundschreiben 2 unseren Ortsgruppen mitgeteilt. Wir bitten daher, daß sich Mitglieder, die an dieser Frage direkt oder indirekt interessiert sind, Auskünfte bei den Ortsgruppen einholen, ehe sie sich an unsere Bundesleitung wenden.

Schulungswochen für Jungostmärker.

Aus dem Kreis der Mitglieder ist das Alter der Jüngsten ausgesprochen worden, daß die Schulungswochen für Jungostmärker, die bisher allein in dem Jugendheim zu Scharfstein im Harz stattgefunden haben, fortan abwechselnd im Westen und im Osten voranzutreiben werden. Dieser Band uns im Osten ein Jugendheim zur Alleinverbreitung für die Schulungswoche, also unter Ausschluß anderer Besucher, nicht zur Verfügung. Es ist mit Bestimmtheit zu hoffen, daß im Spreewald ein Jugendheim für die Ostmarke in der nächsten Zeit, von uns gegründet wird. Dieses „Haus Ostland“ soll in Zukunft die bisherigen Kurse für Siedlerkinder, die Ferienkurse für ostmärkische Großstadtkinder und einmal im Jahr (in diesem Jahr zum Herbst) die Schulungswoche der ostmärklichen Jungostmärker aufnehmen, die, wie bisher, in dem grünen Gemeindefesthalten und in Eigenverwirklichung durchgeführt wird.

Die biwiesemalige Ostschulungs- (Ostmärkische Hochschul-) Woche findet dagegen mehr im Westen, also in der Schulpflege, statt. In Anbetracht, auch aus dem Osten, hat bereits eingegangen; weitere Anmeldungen sind an die Jugendstelle zu richten. Rühmes im heutigen „Jungen Ostmarke“; das Arbeitsprogramm der Schulungswoche ist in der letzten Nummer des „Jungen Ostmärkers“ bekanntgegeben.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg hielt am 22. Februar die achtundfünfzigste Hauptversammlung im „Café Särner“ ab. Nach einer längeren Ansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Paters, Friedrichs-

hagen, Friedrichstr. 49, über wichtige Fragen erhaltete der Schriftführer den Jahresbericht und der Kassierer den Rollenbericht. Entschieden wurde erliebt. Darauf wurde der Haushaltsvoranschlag genehmigt. Bei der nächsten Monatsversammlung werden sich am 1. März abfindenden Herren Eichler, Böhmert und Franz Schulz einstimmig niedergelassen. Danach ließ sich der Verbandsvorstand wie folgt zusammenstellen: 1. Vorsitz: Vater; 2. Vorsitz: Schöber; 1. Schriftführer: Böhmert; 2. Schriftführer: Blume; Kassierer: Eichler, Weiß; Stephan; Franz Schulz, Hubrich, Raitan und Waack. Als Rollenprüfer wurden die Herren Dolling und Puma, als Kassierer die Herren Schöber, Friedrichs, als Vertreter im Bundesvorstand wurden die Herren Schöber und Franz Schulz und Blume als Vertreter zur Bundesversammlung die Herren Schuller, Eichler, Krüger, Polke, Waack und Conke gewählt. In der Bundesoberkommission verblieben die Herren Stephan (Obmann), Hubrich und Schuller. Dazu wurde unter Beteiligung des Bundespräsidenten Gieseler die Vertretungsfrage erörtert. Herr Vater machte noch besonders auf das Sommerfest am 2. Pfingstfesttag (9. Juni) im „Ilja“ aufmerksam und hat schon jetzt dafür zu merken. Nach Schluß der Hauptversammlung fand eine Probevorführung des neuen Schallfilmapparates statt.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Westhausen, deren Tätigkeit zeitweilig stockte, ist unter der neuen tatkräftigen Leitung in erfreulichem Aufschwung begriffen. Allein im letzten Monat hat sich der Verband um 13 neue Mitglieder, so daß die Ortsgruppe auf 55 Mitglieder angewachsen ist. Es besteht die Hoffnung, daß die Mitgliederzahl sich noch bedeutend vergrößern wird.

Ortsgruppe Sorau. Der Vorsitzende Abraham gedachte in der Versammlung vom 18. Januar des Verfalls der Ostmark. Der Deutsche Ostbund magne das gesamte Volk zur Wachsamkeit gegenüber dem „Volumen“. Die Oder ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze. „Darauf hielt Universitätsprofessor Dr. Laubert-Vresler einen Vortrag über „Die heutige Lage des Ostproblems“. Der Redner schilderte zunächst innenpolitische Verhältnisse in Ostland und Ostland und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, sowie die erträgliche Lösung des Minderheitenproblems dieser beiden Länder, um dann auf das durch Wilson begründete Schlagwort „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ näher einzugehen. An Beispielen bewies der Redner, daß in den Minderheiten allgemein eine solche Verwirklichung der Selbstbestimmung vorliegt, wie sie bei einer militärischen Niederlage das Selbstbestimmungsrecht der Elche-Völkchen, ebenso Italien dasjenige der Südländer. Diefelbe Gefahr drohte auch im Osten. Deshalb herrsche bei den Polen und den Litauern das Verlangen, die Minderheiten zu vernichten. Wir bemühen uns, die Minderheitenfragen in verständlichem Sinne zu lösen. Aus den Jahren der letzten Jahre sei aber zu ersehen gemeldet, daß die Lage in Ostland in Deutschland in der letzten Zeit sich geändert hat. Wenn die Selbstbestimmungsrechte der Völker weiter solche Schritte machen, dann ist die deutsche Minderheit in zehn Jahren erledigt. Das liegt aber vor allem Dingen daran, daß wir mit den Polen nachkommen und ihnen die Möglichkeit geben, auf deutschem Boden ihre Propaganda zu betreiben. Der Redner erwähnte, daß es im Jahre 1919 in der Macht der Minderheiten gelegen habe, jede politische Politik auszuüben. Alles, was bisher geschehen ist, ist, das Los der Minderheiten zu bessern, sei von einer außerordentlich geringen Erfolg begleitet gemeldet. Die Minderheiten als Gefallen zu betrachten, das war der Gedanke eines Briand und Clemenceau. Die großen welt- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Folgezeit werden sich im Osten abspielen. Bei dem ukrainischen Volke liegt der Schlüssel Osteuropas. Nachdem der Redner noch über die Annexionspolitik Deutschlands in Bezug auf Litauen, Polen, Ostpreußen und Danzig gesprochen, ging er auf die deutsch-polnische Verständigungsvertrag näher ein. Der Vertrag werde zu gegebener Zeit seine geistigen und kulturellen Werte im Osten zu schützen und zu verteidigen greifen. Die gleiche Stimmung wie 1914 werde wieder Platz greifen und der Geist von Weimar und Potsdam in deutschen Böden lebendig werden. Deshalb sei es dem Redner für seine trefflichen Ausführungen dankbar.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Gerslin. Am 5. Januar d. J. fand die diesjährige gut besuchte Haupt-Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende, Hegemeier I. R. Hegem, gab einen Rückblick auf das alte Jahr und die Entwicklung der Ortsgruppe, die namentlich in das fünfte Jahr ihres Bestehens tritt, auf erinnerte er an den letzten Jahrestag des Verfalls der Ostmark, er schloß mit einem Hoch auf das Vaterland, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde. Die Jahungsgemäß auscheidenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig niedergelassen. Der Jahres- und Rollenbericht wurde genehmigt. Nach der Sitzung fand ein gemütliches Beisammensein bei Kaffeestoff, Verlosung und anderen Befestigungen statt.

Ortsgruppe Rügenberg. Nach langer Pause versammelten sich die Mitglieder am 12. Januar zu ihrer Monatsfeier. Der Vorsitzende Lehrer R. Günter sprach über die Bedeutung des Deutschen Ostbundes und die Notwendigkeit, ihn bei dem Erreichen seiner Ziele zu unterstützen. Ferner wies Redner auf die drohende Gefahr, die insbesondere Ostpommern in der Eröffnung polnischer Minderheitschulen droht. Einstimmig wurde beschlossen, bei den zuständigen Behörden vorzulegen zu werden, der unangenehmsten Gefahr Einhalt zu bieten.

Ein sanfter Tod erlöste heute nacht 1½ Uhr vor seinem qualvollen Leiden meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den Kaufmann

Oskar Reif

im eben vollendeten 63. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an:
Marie Reif, geb. Jasmer,
Karl Dittbrenner, geb. Reif,
Margarete Fleming, geb. Reif,
Arnold Dittbrenner,
Paul Fleming,
und 5 Enkelkinder.

Schmidt a. D., den 25. Februar 1930.
Bürgermeister-Stadt-Str. 10,
früher Culm, Westpreußen.

Sonabend, den 22. Februar 1930,
entschied nach langem, schwerem Leiden
meine liebe, gute Frau, unser treuer-
gebendes Mütterchen, Schwiegermutter
und Großmutter Frau

Offilie Weigt

geb. Schulz,

im 72. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Reinhold Weigt.

Robris, Kreis Jauer,
früher Opalenitz, Kreis Gräy.

Gottesgeben hat am Sonntag, den
23. v. Monats, abends 2½ Uhr, meine
treuergebende Frau, unsere heizungsgute,
unverlegliche Mutter und Großmutter

Franziska Müller

geb. Kaminski,

in Liebenwalde bei Anger auf ewig
geschlafen. Ein Herzsog traf sie,
verleitet durch die Selbsterlöse der lutheri-
schen Kirche. Sie ruht auf dem St.-
Sebastian-Kirchhof in Berlin-Reinold-
dorf-Weit.

Am ein Gebet bitten

Karl Müller, Eisenbahnkassierer
a. D., Berlin, Samsdorf 10,
Erich Müller, Lokomotivführer,
Emden, Seumeistr. 21,

Paul Müller, Stadtbauinspektor,
Waldhof (Weißl.), Rentforter
Straße 91,

Feig Müller, Kaufmann, Berlin,
Saarwinkele Damm 16,

Elise Müller, geb. Schüller,
Elisabeth Müller, geb. Janamer,
Margot und Eberhard Müller
als Enkel,

Elisabeth Müller, geb. Kantsch,
früher Bromberg.

Günstige

Siedlerstelle

Gebiet im Schul- und
Norddorf, 8½ Bahn-
station, Größe 77 Ager,
Acker und Wiesen, meist
Weizenboden u. luerne-
fähig, veräußlich.

Offerten unter 4639
an das Amtland erbeten.

Für Verdränge

Landwirtschaftlichen, Galt-
häuser, Hausgrundst., in
gut. Beschaffenheit, mit
kleiner Anzählung, hat
sich nachzuweisen bei
Brennert, von Schul-
buschforderungen

Heiler, Schneidemühl,
Brennertstraße 7.



Am 3. März verstarb nach kurzer
Krankheit mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwieger- und Großvater,
Bruder, Schwager und Onkel, der Scho-
lardenfabrikant

Adolf Mewes

im 66. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Gertrud Mewes, geb. Lindner
im Namen der trauernden Hin-
bliebenen.

Berlin W., den 6. März 1930,
Schmiedische Straße 17, früh. Vofen.

Die Beisetzung findet am Sonn-
abend, den 8. März, um 14 Uhr auf
dem Friedhof Heerstraße (U-Station
Stadion) statt.

Ostmärker treten unserer Ouband-
Sterbefälle bei. Näher,
durch die Bundesleitung Wn. Charlottenburg 2

160 Mg. bester Weizenboden, erstl.
Gebäude, leb. Inventar 6 Pferde, 30 Kinder,
sehr viele Schweine und Geflügel, tot. Inv.
sehr reichlich, sehr gute Lage, Hof u. a. d. o.
zu verf. Jord. 90.000 M., Anz. etwa 30.000 M.

158 Mg. Kleeboden, Gebäude sehr gut,
Haus 5 Zimmer, Bad, 1924 erbaut. Reich-
t. u. leb. Inv. Jord. 65.000 M., Anz. 25.000 M.

Bestes Hotel am Platze, sehr gute
Gebäude, Bierumlauf etwa 170 t. Forderung
50.000 M., Anz. 15.000 - 20.000 M., Grund-
stück ist hypothekent. Restkaufgeld 6%,
lange Zeit, wegen Ruhelegung zu verkaufen.

Saal-Geschäft, großer Konzertgarten,
luxuriöses in Stadt von etwa 7000 Ein-
wohnern, Bierumlauf pro Tag 1 t. Forderung
70.000 M., Anzahlung etwa 30.000 M.

Grundstücke und Geschäfte jeder
Art in großer Auswahl zu verkaufen.

Landwirtschaft, 150 Mg., davon etwa
60 Mg. ertragsfähige Fruchtweiden, etwa 30
leichterster Boden, Klebkleeboden, Gebäude
neu, tot. Inv. kann eigener Bestand bleiben,
sehr günstige Pachtbedingungen, leb. Inv.
muss käuflich übernommen werden, zu ver-
pachten zu r. d. h.

Kornhals, Strelitz-Alte
früher Rheinsberg, Kreis Briesen.

Wegen Krankheit ver-
kaufe sofort, nach 9-jähr.
Besitz, mein gutgehendes

Kohlengeschäft

mit 2 Kellern, weilt.
Borst-Berlin, Haupt-
geschäftsfeld 1100 qm,
an 2 Straßen gelegen,
reichl. Waren, gute feste
Wahlkäse, handelserg.
einiger, Firma, sowie
seltene Mehlwaren mit
23 Wohnungen, so-
wie kleine 3 Zimmer-
Wohnung mit Bad, mit
auch ohne Kauf, An-
zahlung auf beide Ob-
jekte 40.000 - 45.000 M.,
Offerten unter 4639 an
das Amtland erbeten.

Verkaufe frankfeits-
halber meine

Landwirtschaft

48 Morg. groß, davon
47 Mg. in einem Acker,
durchweg Weizen und
Rübenboden, Gebäude
massiv, der größte Teil
1927 neu gebaut, voll-
ständiges leb. und tot.
Inventar, Fr. 30.000 M.,
bei 10.000 M. Anzahl.
Geld, Kaufpreis und Ba-
n (Station am Ort).

Karl Schumann,
Boghschlag,
Kreis Węgryn.

Reisehotel 1. Stadt, gt. Rg., viele Frem-
denzimmer, guter Umkle, Anzahl. 20.000 M.,
Gasthof mit Saal u. 80 Mg. Kottierbo,
davon 40 Mg. anstl., gut. Geb. u. Geflügel,
Jord. 38.000 M., Anzahl. 12.000 M., gt. Syp.
Gasthof, allein i. Dorf, m. Saal, Kolonialien,
und 20 Mg. Rand, gut. Geb. und Geflügel,
Jord. 32.000 M., Anz. 10.000 M., jhd. u. d. r.
Gasthof, m. Kolonialm., Taif., Fremden-
pa, Geb. u. Geflügel, an Hauptverkehrsstraße,
Jord. 45.000 M., Anz. 20.000 M., jhd. u. d. r.

Kolonialwarengrundstück m. Aus-
kunft, in Stadt, pa. Rg., gt. Geb. u. Geflügel,
Jord. 35.000 M., Anz. 10.000 M., jhd. u. d. r.

Bäckereigrundstück in Kreisstadt, m.
18 Sd. Wochenumlauf, sehr, gut. Gebäude,
Forderung 32.000 M., Anzahlung 12.000 M.

Pachtbäckerei, 14 Sd. Wochenumlauf,
mit ganz. Grundr., übernahmep. 5.000 M.

Pa. Landwirtschaft, 120 Mg. Sd. jhd.,
1 Mg. am Geb., dicht am Bahn, 70 km u.
Berlin, noch nie gemischt, wenig Schafzucht,
Forderung 68.000 M., Anzahlung 18.000 M.

Landwirtschaft, 60 Mg. gt. eben. Sd.,
u. Weien im Dorf, gt. Inv., pa. Gebäude,
Forderung 29.000 M., Anzahlung 12.000 M.

Landwirtschaft, 42 Mg. gt. Sd. u. Weiel,
gt. Inv., Vorräte, neuere Gebäude, im Dorf,
Forderung 24.000 M., Anz. 10.000 - 12.000 M.

Gute Landwirtschaft, 40 Mg. i. Dorf,
gt. Geb. u. Inv. Jord. 18.000 M., Anz. 8.000 M.

Herrensitze, 30 Mg. gt. Sd. u. Weiel, pa. Geb.,
Forderung 30.000 M., Anzahlung 15.000 M.

Pa. Grundstück mit 18 Mg. anstl. Weizen,
i. Dorf, a. Bahn, 40 km u. Berlin,
pfl. gt. Geflügel, ab. Gd. n., pa. gt. Geb.

Grundstück mit 5 Mg. anstl. Weizen,
Forderung 9.000 M., Anzahlung 4.000 M.,
Grundstücke mit 6, 9, 15 Morgen.

Nur diese Angebote von meinen vielen.

Der Landw., auch Ausbau, wo D. anstl.,
Hotels, Gd. n., Kolonialwarengd., Sd. d. r.,
Friedhofen, Bitten, Hauszahlungen u. d. r.
D. i. Stadt u. Land lom. Erstl. gt. Mt. anstl.
tauf, will, wende sich mit meinen Wünschen an

H. Buchholz, ehem. Administrator,
Wriezen, Oder.

Frankfurter Straße 11. Tel. 276, Rüdorp.

Landwirtschaft

zirka 70 Mg., ist sofort
von alleinlebend. Frau,
mit leb. u. tot. Inventar
veräußl. Fr. 55.000 M.,
ohne Ausbeutung, Anz.
4.000 - 5.000 M., Rest-
kaufgeld bleibt langi.
sehen zu 5%.

Geschäfts-

grundstück

in Kreisstadt Nieder-
schlesien ist sofort meg.
Todesfall vom Preise
von 30.000 M. bei An-
von 8.000 M. veräußl.
Wohnung und haben
sich sofort frei. Mietvertrag
jährlich 1500 M. Rest-
kaufgeld langi. zu 6%.

6. Wahnmann,
Elfenberg, Krs. Sagan,
Telephon 89.

Süde idöne

Landwirtschaft

nähe Stadt oder Bahn
zu kaufen. Offerten mit
Preis erstl. Anzahlung
unter 4667 an das O-
land erbeten.

Schwingpflüge

einzigartig, aus bestem
Stahl

ca. 32 kg für 1 Pferd,
ca. 36 kg für 2 Pferde

Stückpreis 23,- M.
bei jeder Bestimmung.

Bei 5 Stück 3 Wart
pro Stück Ermäßigung,
bietet an

Bruno Hölzer,
Dernitz, Bei Breslau.

Wer kennt

die jetzige Anstalt des
Herrn. Richard Straupe,
Bromberg, früher
Reichen, Kr. Graudenz
(Welpert.) Zuführten
des Hrn. Straupe,
Bromberg (Goth),
Reinhold - Welpert 4
früher Reichen, Kreis
Graudenz.

Wirtschafts- Lehrling

für 300 Mg. Oberbrun-
wirtschaftl. geg. Laich-
geld gesucht.
Gustav Hendek,
Reinhold im Oberbrun,
Telephon 78.



Haus Ostland

Behagliche für Anfänger- und Baucuriositäten
in Vetschau bei Cottbus am Spreewald.

Wir beginnen am 15. Mai 1930 einen
Vertrag von 8 Wochen Dauer in

Gartenbau, Kleintier- und Geflügelzucht sowie Obst- und Gemüseverwertung.

Der Unterricht erfolgt durch geprüfte Lehrkräfte.

Preis für Unterkunft, Verpflegung und Kursgebühren 55,- M.
je Monat, zahlbar in 2 Raten, bei Beginn des Lehrganges und
am 15. Juni. Mit dieser Vereinbarung kommen wir mehrfach
an uns gerichteten Wünschen entgegen und erbitten baldigst
Anmeldungen an das

Frauenreferat des Deutschen Ostbundes,
Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43 VI.

Polnische Hypotheken

Wertpapiere u. Forderungen
jeglicher Art kaufen gegen
sofortige Barzahlung

Bankhaus

Kozłowski & Rychlewski

G. m. b. H.,
Hydgoszcz, Bromberg, Gdansk 149.

Vertreter:

Gustav Conrads,
Bin. Pantow, Amalienpark 4,
Telephon: Pantow 566.

Parzellen

am 50 Hektar, auch Teil-
zahlung, geeignet zur
Züchterei, gibt ab.
Zu erfragen bei

Dag. Berlin,
Sebastianstraße 73.

Kino

in Berlin, garantierte
Einkünfte, 200 Plätze,
379 Markt monatlich
Miete, Entlohnung
wegen verkauft
Schnella, Schöneberg,
Dauptstraße 20.

Geschäftsgrundstück Einfamilienhaus

in der Hauptverkehrs-
straße einer kleineren
Sozialmischstadt im
Laden-Logierhäusern,
Kellerkellerei und Vier-
zimmerwohnung, für jede
Geschäftsbranche ge-
eignet - u. z. wird
in diesem gelegenen
Elektro-Installationen-
geschäft betrieben - mit
oberer Waren-Handel-
schalter-Verkauf zu den
günstigsten Bedingungen
zu verkaufen. Gef. Angeb.
unter 4646 an die Ge-
schäftsstell. b. „Ostland“.

Hausgrundstück

neu erbaut, in großem
Anbauort mit elektr.
Dicht u. Wasserleitung.
Eisenbahnstationenpunkt.
Für Arzt oder Kauf-
mann sehr geeignet.
Wegzugsgelegenheit zu ver-
kaufen. Angebote mit
H. T. 4644 an das
Ostland erbeten.

Reiß, Voll-, Kurzwarengeschäft

in Schöneberg frank-
schiedslos abzugeben.
Laden, 1 Zim., Küche,
Monatsmiete 150 M.,
Warenvernahme lt.
Fatura 4000-5000 M.,
Dismärker-Anbau
G. m. b. H.,
Berlin B 9,
Potsdamer Str. 22 b.

Zigarren- Geschäft

mit Wein- u. Bierver-
kauf, gute Erträge, aus-
Laden u. Wohnung 3
möbl. Zimmer, daher
wohnt Käufer miete-
frei. Preis einchl. Möbel
3500 M. ist
Meister, Frankfurt D.,
Wollenweberstraße 10.
Schriftl. Rück.
Tel. 3371.

Gutgehendes Kolonialwaren- Lebensmittel- Geschäft

in einem großen Ober-
randboden mit festem
Sommervertrieb, mit ca.
11 Morg. Acker, großer
Wohnung von 8 Zim.
nebst Zubehör, ist für
33000 M. b. 20000 M.
Anzahlung sofort zu
verkaufen. Nur Selbst-
vererber wollen sich
unter 4674 an das O-
stland melden.
Agenten zwecklos.

Gebrauchte, schwere Sattler- Nähmaschine

Fabrikat Rosenber u.
Frankfurt, gut, nach-
weisbar, preiswert zu ver-
kaufen. Angebote mit
H. T. 4644 an das
Ostland.

Die ordentl. Generalversammlung

der gemeinnützigen Baugenossenschaft
ostdeutscher Flüchtlinge e. G. m. b. H.
Breslau wird auf den 17. März, abds.
8 Uhr, in die Schlachthofstraße einberufen.

Tagesordnung:

1. Erhaltung des Geschäftsberichtes
unter Vorlegung der Bilanz nebst
Gewinn und Verlustrechnung für
das Jahr 1929.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die
Verwaltung der Vorlagen.
3. Beschlußfassung über die Gewin-
nverteilung und über die Entlastung
des Vorstandes.
4. Erwahlung für die auscheidenden
Aufsichtsratsmitglieder und Neu-
wahl des Vorstandes.
5. Beschluß über Annahme der Auf-
sichtsratsrechnung.
6. Bericht über die Mietserhöhung und
über das Ergebnis der Verhand-
lungen mit dem Magistrat.
7. Beschlüsse.

Die Bilanz sowie Jahresrechnung werden
eine Woche vor der Generalversammlung
im Geschäftslocal, Michaelisstr. 82, und
eine Abschrift bei Herrn Ingenieur
Feinmann, Lützowstr. 9, ausgelegt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Stenzel.



Zum Frühjahrsvergnügen

am Sonnabend, den 15. März d. J.,
abends 8 Uhr, im Restaurant
„Speehallen“, Berlin-Wabit,
Königsstr. 13, läßt alle Landleute
besuchen ein

Deutscher Ostbund.

Ortsgruppe Berlin-Mitte e. L.

Ostland - Fahrt deutscher Frauen und Mädchen,

veranstaltet von der

Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.

Durchgeführt von

Mitteuropäischen Reisebüro G. m. b. H.
und seinen Vertretungen.

Die Reise soll geben:

Seefahrt: Seinemünde-Willan, Bahnfahrt: Willan-
Cottbus-Königsberg/Wr.-Allenstein-Elbing-Marienburg-
Danzig-Joppo und Seefahrt zurück nach Seinemünde.

Fahrtkosten: bei mindestens 20 Teilnehmerinnen 31,- M.
Kosten für Übernachtungen mit Frühstück in gutbürger-
lichen Säulern, incl. Bedienung und Steuern, im ganzen 14 mal,
87,- M. Beginn der Fahrt Mitte Juni. Für Jung-
frauenreisen ist die Unterbringung in Jugendherbergen vor-
zuziehen, wodurch sich die Unterbringungskosten um mindes-
tens 67,- M. verringern, so daß Jugendliche die ganze Reise mit
ca. 30,- M. bestreiten können.

Anmeldungen an unsere

Geschäftsstelle, Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstraße 43 VI.



Haus Ostland

Im eigenen Heim in
Vetschau am Spreewald,
Dänisches Ferien- und Erholungsheim für
Erwachsene und Kinder

eröffnet den Betrieb am 1. Osterfeiertag.

Tagespreis: für Kinder täglich einchl. Verpflegung 2,25 M.
für Erwachsene im gemeinsamen Schlaf-
saal einchl. Verpflegung 2,- „
für Erwachsene im Zimmer für 2 Per-
sonen einchl. Verpflegung 3,50 „
für Erwachsene im Einzelzimmer einchl.
Verpflegung 3,75 „

Anmeldung und Auskunftserteilung durch das
Frauenreferat des Deutschen Ostbundes,
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 VI.

Hauptstraße Berlin-Cottbus-Görlitz.
In 2 Stunden von Berlin, bester Bahnhof, mit Verlangen-
„ 1 1/2 „ „ „ „ zu erreichen. „ „ D-3ug

Verwertung von Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse, Beleiung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke, Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. B 1 Kurfürst 2775.

Mitglieder!

Bediene Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer Schuldbuchforderungen und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinp. 8031.

Goldgrube!

Verpachte ab 1. Mai 1930 in
Görlitz in Ostpreußen, am
Markt, alleingekultiviertes

Eisen- u. Eisenwarengeschäft

verbunden mit Brennspiritus-
Großvertriebsstelle (sehr ren-
tabel), Baumaterial- u. Kolon-
nialwarenhandlung, evtl. mit
Ausgang. Die wiederkehrende
Gelegenheit f. kurzentschlossene
Käufer. Zur Übernahme 15.000
bis 20.000 M. erforderlich, im
übrigen sehr günstig. Anfragen
unter M. 3. 4647 an das Dtländ.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung

Fachmännische Bedienung

Reparaturen

sofort

Eig. Werkstatt

im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost



Obstbäume

Schlingpflanzen, Zier-
sträucher, Stauden und
Dahlia in reicher Aus-
wahl. Niedrige Kisten
in den besten, teils
neuen Sorten: 1. Apfel
Std. 0,00 M., 12 Std.
7 M., 100 Std. 50 M.,
11. Apfel Std. 0,35 M.,
12 Std. 4 M., 100 Std.
30 M., empfiehlt in
bester Ware

M. Tesenow,
Baumschule,

Reichow bei Bad
Dobruan i. Meckl.

(früh. Kisten-Solatisch).
Preisliste kostenlos
zu Diensten.

Getreidehändler!

Verkaufe sofort in Hohenstein in Ost-
preußen fast am Markt gelegenes

Speichergrundstück

mit Hof und Stallungen, neue, massive
Gebäude, praktisch erbaut. 1. Abfah-
rgebiet. Preis, Anzahl. sehr günstig, etc.
Wer p a c h t e sofort in Hohenstein in Ost-
preußen am Markt g e l e g e n e n

Laden mit Wohnung

passend für Manufaktur- oder Papier-
warenhändler. Kaufpreis sehr günstig,
Belastungsmöglichkeiten fast unbegrenzt.
Anfr. unt. M. D. W. 4648 an das Dtländ.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Verbo-
pierre, Grundstücke in
Polen kauft für das
Hypotheken- und
Handelshaus
Edmund Gumbel,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Wollenberg,
Bin.-Charlottenburg,
Kommernstraße 48.
Tel. Bismarck 4663.

Zu verkaufen

Brandenburg, Grenz-
markt und Schleien!

Rentengüter

40 bis 60 Hektar, mit Jmo. und schließfertigen
Gebäuden. 8000 bis 14000 M. Anzahlung.

Restgüter

verschiedener Größen.

Übernahme zum 1. 4. 1930. Zuweg evtl.
vorher. Langfristige niedrige Restschul-
den, meist 1. Freijahr. — Näheres durch

Deutsche Anfielungsbank

Berlin-Halensee, Seefener Straße 30.

Hermann Görlitz

(Mitglied des Deutschen Ostbundes)

Brandenburg (Havel)

Steinstraße 26 — Telefon 401

empfehlte seine vorzüglichen Wein- u. Bierstuben

Für sehr angenehmen Aufent-
halt, gut gepflegte Biere,
erfrischende Sektweine, preis-
werten Frühstücks- und Mittags-
tisch ist stets bestens gesorgt.

Bestattungs-Zentrale

Fritz Zweig jr.

(Mitglied des Deutschen Ostbundes)

Brandenburg (Havel)

Plauer Straße 24 — Fernruf 371

Erd- u. Feuerbestattungen

Größtes Lager in Särgen jeder Art
und Beisetzungen in Kiefer, Eiche,
Weißb., Übernahme sämtlicher Be-
stattungs-Angelegenheiten. Trans-
porte von und nach allen Plätzen.

Geschäftsgrundstück

in Kleinhof, direkt am Markt gelegen, mit
Ausgang, großer Laden, 3 Wohnzimmer,
Küche, Spielstube, oben zwei komplette
Wohnungen, mit vielen Stallungen, auch ein
Garagen geeignet, Schöne, großer Garten,
10 Morgen, eigen, 26 Morgen, Pacht. Preis
33000 Mark, Anzahlung 10000—12000 Mark.
Kann sofort übernommen werden.

Landwirtschaft

in großem Dorf, 30 Morgen, guter Acker und
Wiesen, Gebäude massiv, elektr. Licht, ein
gutes junges Pferd, 5 Milchkuhe, 12 Schweine,
Maschinen und Ackergeräte komplett.
Preis 15000 Mark, Anzahlung 5000 Mark.
Restkaufgeld auf 10 Jahre fest mit nur 5%.

Albert Heisler, Scharchow,
Bahnstation Jassow.

Möbel

auf Teilzahlung!

Kleine
Anzahlung!

*
Bequeme
Abzahlung!

Camnitzer

Berlin, Schönhauser Allee 82 I

am Hochbahnhof Nordring

früher: Antrich & Mandowsky, Posen

Möbeltransporte



in Berlin und
nach außerhalb
per Bahn und
Automobil-
wagen, Woh-
nungsaussch,
Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Litzow 94 u. 6758

Der junge Ostmärker

1930

Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.
Mittellungsblatt der Jungscharen im Deutschen Ostbund.

3. Folge



Ins Jungscharchuch.

Seil dem Mame, der die Blicke
Sern zu seinen Ahnen kehrt!
Seiner Väter soll sich freuen,
Wer sich fühlt der Väter wert.

Jesekiel.

Ostmärkische Hochschulwochen im Jahre 1930.

Die erste Hochschulwoche (Osterschulungs-
woche) findet statt

in Scharzfeld vom 12.—20. April

(12. Anreisetag, 20. bis Mittag Abreise-
tag).

Die ostmärkischen Mädels und Jungs werden hierdurch herzlich
aufgefordert, sich möglichst schnell zur Schulungswoche bei der Jugend-
leitung des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg 2, Sorgenberg-
straße 45, anzumelden.

Wie üblich sind zu leisten: 3 M. Verbergerungs- und Ver-
pflanzungsbeitrag, 10 M. für die Reise- und Verpflegung, ein-
malige Kursgebühr von 5 M., einmalige Umlage für allgemeine
Ausgaben von 2 M.

Der Deutsche Ostbund stützt die Landesverbände und Ortsgruppen,
aus eigenen Mitteln und durch Sammlungen die Entsendung von
Jungscharmärkern zu der Schulungswoche zu ermöglichen. Das Präsi-
dium des Deutschen Ostbundes stellt selbst eine begrenzte Gesamt-
beiträge zur Verfügung, die nach der Einkommensverteilung des Heimat-
ortes der einzelnen Teilnehmer von Scharzfeld anteilig berechnet und
ausgezahlt wird. Voraussetzung für die Wahl des Ostbundes ist
der Nachweis, daß vom Landesverband und Ortsgruppe selbst eine
Unterstützung gewährt wird und erworbene Jungscharmärker aus
eigenen Mitteln einen kleinen Zuschuß dazu sich erlaptop haben.

Das Arbeitsprogramm ist in der vorliegenden Hauptnummer des
„Ostbund“ unter „Bundesarbeit“ veröffentlicht.

Kräftiges Wanderrück, Wandlücke oder Regenmantel, Badeanzug,
Kurtanzug, genügend Wäsche, Schlafrock oder Bettwäsche, kräftiges
Schuhwerk (beachtet, daß ihr wandeln sollt), kräftige Strümpfe, wenn
möglich ein Paar Schuh zum Wechseln, Staus- oder Kurnahuh,
genügend Handtücher, wenn möglich Badetuch, Wechselzeug, Kniezeug,
Klappmesser, Federmesser, Schreibmaterial, fester Arbeitsstift und ein
feinbleibendes Fernglas mitzubringen.

Füdtke.

Hoffmeister.

Eine Verhelligung

„Ostpreußen im Licht der Geschichte“.

Eine Verhelligung. In der 17. Folge von 1929 ihrer
Jahreshefte findet sich in dem Artikel „Geschichtliche Bilder, Ostpreußen
im Licht der Geschichte“ auf S. 51 eine Stelle, der ich im Interesse
des Ostbundes deshalb widerprechen möchte, weil sie meines Er-
achtens falsch ist. Diese Stelle lautet zu Beginn des letzten Absatzes:
„Am 19. Oktober 1466 wurde der letzte Heerführer des russischen
Krieges ein Ende. Das Land Dommerstellung das Rulmerland,
Danzig, Elbing, Marienburg und das Bistum Ermland fielen an
Polen; die Weichsel wurde ein polnischer Strom bis zu ihrer
Mündung.“

Die Darstellung erweckt den Eindruck, als ob damals — also
1466 — Pommerellen, das Rulmerland, Danzig, Elbing, Marienburg
an Polen fielen, also ein Teil Polens wurden. Dies halte ich nicht
für richtig, weil ich auf Grund meiner Beschäftigung mit russischen
Schritten zu folgendem Ergebnis gekommen bin. Als 1466 die im
Preußischen Bund zusammengeflohenen Stände des Landes „Pom-
merellen“ dem Orden absahen und in hochverrätherischer Verbindung
mit dem polnischen Könige traten, ließen sie sich in diesen Verband-
lungen vom polnischen Reich ihre Unabhängigkeit gewährt
werden durch die drei Privilegien der eigenen Selbstgebung, eigener,
vom polnischen Reich unabhängiger preußischer Landtage und des
sogenannten Unbegrenztes; dieses Indignat, d. h. der Grundhof
der Staatsangehörigkeit, bedeutet, daß alle geistlichen und weltlichen Stände
des Landes nur mit eingeborenen Preußen — also nicht mit Polen —

besetzt werden durften. Damit war also die Personalunion mit dem
Könige von Polen ausgesprochen und nicht die Vereinigung
mit dem polnischen Reich. Demgemäß wurde auch 1466 im zweiten
Thurner Frieden das Land nur in Personalunion mit dem Träger
der polnischen Krone verbunden, in der „Weile“, daß, als, der, König,
von Polen als erblicher Schutzherr anerkannt, das Land aber nicht
in das Polenreich einverleibt wurde. Das Land blieb vielmehr im
übrigen unabhängig und selbständig und deutlich. Alle Bestrebungen zur
Polonisierung schlugen einstweilen gänzlich fehl. In Städten und
Dörfern fanden der Schriftverkehr der Verwaltung, die Führung
der Protokollbücher, die Rechtssprechung auch weiterhin in deutscher
Sprache statt. Ganz besonders aus Danzig warbte sich damals
recht ausgeprägt eine Selbständigkeit und einen
deutschen Charakter. Auch Danzig erkannte nur den
polnischen König als Schutzherrn an und begrenzte aus die Rechte dieser
Schutzherrn, während das polnische Reich in Danzig überhaupt nichts
zu sagen hatte. Die tatsächliche Selbständigkeit dieser Stadt, die
damals durch ihren Reichtum, durch ihre politische und militärische
Macht von großer Bedeutung war, äußerte sich vor allem in dem
Rechte der eigenen auswärtigen Politik als Mitglied der Hanse,
eigener militärischer Macht zu Waller und zu Lande, eigener Selbst-
gebung und Finanzhoheit und der freien Verfügung über seinen Hafen.
Diese politische Lage des späteren westpreussischen Gebiets änderte
sich erst durch einen polnischen Willkürakt. Durch den
Dubliner Reichstagsbeschluss von 1569 nämlich
brach Polen die 1466 freiwillig abgegebenen Versicherungen und ver-
stieß die Selbstverwaltung Preußens, indem es das Land durch
Umwandlung in eine polnische Provinz als Mitglied des Reich einver-
leibte. Aber Danzig warbte auch da noch weiterhin seine Selbst-
ständigkeit. Es erkannte den polnischen Staat nicht an, sondern
berief sich auf seine besonderen und klaren verbrieften Rechte, die
bezeugten, daß die Stadt nur mit dem polnischen Könige, aber nicht
mit dem polnischen Staate zu tun habe. Und als daraufhin der
polnische König die Reichsacht über Danzig verhängte, weigerte sich
Jahre 1571 mit einem Heere belagerte, griff die Bürgerschaft ein-
mütig zu den Waffen und wehrte den Angriff nicht nur militärisch so
erfolgreich ab, daß das feindliche Heer die Belagerung aufgab und
sich für immer zurückzog, sondern erreichte dann auch in den folgenden
Friedensverhandlungen die feierliche Anerkennung aller ihrer Rechte.
Der polnische König verbrieft alle Rechte Danzigs aufs neue und
gelobte die freie Verwaltung dieses westpreussischen Gebietes, selbst für sich
und seine Nachfolger. So behielt Danzig, indem es nur mit dem
Könige von Polen als seinem Schutzherrn durch Personalunion ver-
bunden war, auch weiterhin während der ganzen polnischen Zeit seine
Selbständigkeit und seinen deutschen Charakter.

Aus dieser Darstellung erhellt also folgendes:

1. Danzig ist nie ein Teil des polnischen Reiches gewesen.
2. Das später „Pommerellen“ (Westpreußen) wurde nicht schon 1466,
sondern erst 1669 wie eine Provinz dem polnischen Reich einver-
leibt, und zwar nicht auf Grund eines Friedensvertrages, den es selbst
abschloß, sondern durch einen widerrechtlichen Willkürakt. In diesem
Sinne war es also nur rund 200 Jahre lang ein Teil des polnischen
Reiches.

Mit deutschem Bundesrat

Bürgermeister i. R. und Rechtsanwält, Kulturpfleger der Ortsgruppe
Bätern des Deutschen Ostbundes.

Fahrt nach dem Osten.

5.—12. Juli 1929.

Von Fritz Reihel, Braunschw.,
Bund der Kaufmannsjugend im D. S. B.
Die Anreise.

Es ist hier wie sonst auch. Der Tag der Abreise schien überhaup
nicht heran kommen. Mit einem Mal ist er da, so daß alles Hals
über Kopf geht.

Auf dem Braunschw. Bahnhof steht sich mir ein buntesgemisch
Bild. Jungmänner aus der nahen und weiteren Umgebung barten
hochbekapet, als ginge es ins Feld, der Abfahrt. Ich habe meine
Freude daran zu sehen, daß „knirsche und hinfällige Klust große Mode“
findet. Der Kreislauf springt ein juckendes Abbliesstort, der Gut
rollt aus der Halle, die Säulen flattern aus den Fenstern, fangen
treten mir die Fahrt nach dem Osten an.

Wir fahren über Magdeburg—Berlin. Als ich in der Frühe des
Sonnammerstags aus dem Spruckhauz beige, in dem ich fünf Stunden
begegnet geschlafen habe, treffe ich auf dem Bahnhof Schmeidemü
eine Menge Schüler, was lebhaftes Händelhütteln zur Folge hat.

